

Zeitschrift für den Klassenkampf

KOMMUNISMUS

#23 | 08/2022 | 2 Euro



UKRAINE-KRIEG

&



REVOLUTION

DER IMPERIALISTISCHE KAMPF UM DIE WELTHEGEMONIE
— UND WIE DIE ARBEITER:INNENKLASSE
DEN DRITTEN WELTKRIEG VERHINDERN KANN

VORWORT | Seite 3

UKRAINE-KRIEG UND SOZIALISTISCHE REVOLUTION | Seite 4

1. Die Gesetzmäßigkeit von Kriegen im Imperialismus | Seite 5
2. Die Entwicklung der zwischenimperialistischen Widersprüche seit 1989/90 | Seite 11
3. Der Ukraine-Krieg als Vorspiel des Dritten Weltkriegs | Seite 22
4. Der revolutionäre Kampf in der neuen Phase | Seite 36

 komaufbau.org
 info@komaufbau.org
 facebook.com/komauf
 twitter.com/komaufbau
 youtu.be/channel/KommunistischerAufbau

Abo-Möglichkeit:

Die Zeitung *Kommunismus* kann beim ‚Verlag Leo Jogiches‘ abonniert werden. Sende uns zur Bestellung eine Mail. Der Preis für 5 aufeinanderfolgende Ausgaben beträgt 20€.

Anmerkung zum Sprachgebrauch:

In unseren Dokumenten wollen wir Sprache so verwenden, dass sie alle Geschlechter anspricht und einbezieht. Wir sind uns bewusst, dass diese vielfältig sind und Sprache ein Mittel ist, sie sichtbar zu machen. Das generische Maskulinum macht Frauen und Personen mit nicht-binärer Identität unsichtbar, deswegen verwenden wir den Gender-Doppelpunkt. Eine ausführlichere ideologische Erklärung dazu ist unter komaufbau.org/gendern zu finden.

Impressum:

Hrsg.: Redaktionskollektiv, Verlag Leo Jogiches; V.i.S.d.P.: H. Sand, Solmsstr. 32, 60486 Frankfurt a.M.

Eigendruck im Selbstverlag

Kontakt: info@komaufbau.org

PGP-Key: komaufbau.org/kontakt | Fingerprint: 9A49 BFDB 1EA1 A19D E6E4 D090 6777 88 EC BE6A 4061

Eigentumsverbehalt: Diese Postsendung bleibt solange Eigentum der Absenderin bis er dem:der Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ gilt nicht als persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Sollte ein Teil des Textes nicht ausgehändigt werden, so ist dieser und nur dieser Teil unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung an die Absenderin zurückzusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Liebe Leserinnen und Leser.

In der vorliegenden Ausgabe unserer Zeitung beschäftigen wir uns mit dem Ukraine-Krieg. Die am 24. Februar 2022 gestartete Invasion Russlands in die Ukraine bedeutet einen qualitativen Sprung in der Dynamik der zwischenimperialistischen Widersprüche. Der imperialistische Kampf um die Welthegemonie ist in eine neue Etappe eingetreten. Die „Zeitenwende“, von der Bundeskanzler Olaf Scholz gesprochen hat, verändert die gesamte politische und gesellschaftliche Lage, international und vor allem auch in Deutschland. Das ist im Bewusstsein der Arbeiter:innen wie auch in unseren eigenen Reihen noch nicht in vollem Umfang angekommen. Die strategische Kommunikation des deutschen Imperialismus arbeitet daran, dass das noch eine gewisse Zeit so bleibt. Gleichzeitig versucht die bürgerliche (Kriegs-)propaganda Verwirrung zu stiften, um die Zustimmung in den Massen für die jetzt notwendig werdenden Maßnahmen von Wehrpflicht bis „Frieren für den Frieden“ usw. zu schaffen. Aus diesen Gründen ist es notwendig, die veränderte Lage in ihrem inneren Zusammenhang mit Hilfe des Marxismus-Leninismus zu analysieren. Eine kurze Einschätzung des Ukraine-Kriegs auf Ebene der an der Oberfläche sichtbaren Erscheinungen reicht nicht aus, um uns für die kommenden Aufgaben im Klassenkampf zu rüsten.

Da Begriffe wie „Imperialismus“ (allerdings nur in Bezug auf Russland) inzwischen auch von bürgerlichen Politiker:innen verwendet werden und ganz offen über den Dritten Weltkrieg gesprochen wird, beginnen wir mit einer gerafften Zusammenfassung der grundlegenden Zusammenhänge

des **Imperialismus**: Die Wechselwirkung von imperialistischen Monopolen und dem Kampf um die Neuaufteilung der Welt. Die kapitalistische Konkurrenz der Monopole führt gesetzmäßig dazu, dass **Kriege im Imperialismus unvermeidbar** sind. Wir werfen einen kurzen Blick auf die Veränderungen des Imperialismus in den letzten Jahrzehnten, die unter dem Begriff „Globalisierung“ zusammengefasst werden. Die Weltmonopole, die die internationalen Produktionsketten beherrschen, bilden die Grundlage für das heutige imperialistische Weltsystem, dass alle Staaten der Erde umfasst und pyramidenförmig aufgebaut ist.

Im zweiten Teil beschäftigen wir uns mit der **Entwicklung der zwischenimperialistischen Widersprüche seit 1989/90**. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Analyse von Russland. Wir weisen nach, dass und warum Russland eine führende imperialistische Macht ist und nicht etwa - wie manche glauben - ein Rohstoffexporteur vergleichbar z.B. mit dem Kongo sei, nur eben mit Atomraketen. Wir gehen dann auf die Geostrategie der verschiedenen imperialistischen Mächte in Eurasien ein, wo Russland aufgrund seiner Lage einen zentralen Platz einnimmt.

Im dritten Teil zeigen wir, dass der **Ukraine-Krieg als Vorspiel für den Dritten Weltkrieg** einzuordnen ist. Dazu betrachten wir noch einmal konkret die geostrategische Bedeutung der Ukraine, die das Land zu einem Knotenpunkt („pivot state“) im Kampf um die Weltherrschaft macht. Mit einem kurzen Blick in die Geschichte wird klar, warum Putin Lenin hasst. Die Bolschewiki haben nämlich die Existenz der uk-

rainischen Nation anerkannt und den großrussischen Chauvinismus bekämpft. Wir zeichnen im Anschluss daran den imperialistischen Kampf um die Ukraine im 21. Jahrhundert ebenso nach wie die unmittelbare Vorgeschichte der im Februar 2022 erfolgten Eskalation des seit 2014 im Donbass stattfindenden Krieges. Das ist notwendig um besser zu verstehen, dass Russland wie die USA und die NATO-Staaten diesen Krieg wollten, ihn ganz konkret vorbereitet haben und es am Ende nur noch um die Frage ging, wer als erster den Colt zieht und abdrückt. Wir arbeiten heraus, warum aus Sicht des russischen Imperialismus im Februar 2022 ein Jetzt-oder-nie-Moment bestand. Dieses Verständnis hilft nicht nur, um die westliche Kriegspropaganda vom „wahnsinnig gewordenen Angreifer Putin“ zu durchschauen, sondern auch zu der Erkenntnis, dass in Taiwan früher oder später genau dasselbe passieren muss. Aus der Analyse der Weltlage und der neuen Phase des imperialistischen Kampfs um die Neuaufteilung der Welt ergibt sich die logische Konsequenz, dass auch der **revolutionäre Kampf in eine neue Phase** eintritt. Die Würfel sind gefallen, der Rubicon ist überschritten - es gibt viele Metaphern aus der Weltgeschichte für solche Wendepunkte der Entwicklung, wie wir ihn gerade erleben. Bereits in den ersten Monaten des Krieges zeigt sich die deutliche aggressivere Taktik des deutschen Imperialismus. Dementsprechend verändern sich die Aufgaben der Kommunist:innen.

Mit kommunistischen Grüßen,

Redaktion
KOMMUNISMUS 



UKRAINE-KRIEG UND SOZIALISTISCHE REVOLUTION

– Der imperialistische Kampf um die Welthegeemonie und wie die Arbeiter:innenklasse den Dritten Weltkrieg verhindern kann

Russlands Angriff auf die Ukraine und die Aggressivität, mit der die westlichen imperialistischen Staaten darauf antworten, hat eine neue Phase zwischenimperialistischer Auseinandersetzungen eingeleitet. Schon seit 2014 findet im Südosten des Landes ein offener Krieg statt. Zugleich gehört die niedrigschwellige, hybride Kriegsführung schon seit Jahren zum Alltag im Kampf zwischen den Imperialisten. Dazu zählen gegenseitige Sanktionen und Handelskriege, Cyberattacken, Desinformationskampagnen und bewaffnete Aktionen vermeintlich nicht-staatlicher Kräfte. In der jetzigen, neuen Phase steigt die Wahrscheinlich-

keit deutlich an, dass es häufiger auch zu offenen, großen Kriegen kommt. Die Situation trägt dabei gewisse ähnliche Züge wie die Ausgangslage vor dem Ersten Weltkrieg. Und die Gesetzmäßigkeit der unterschiedlichen Entwicklung der kapitalistischen Länder treibt die Widersprüche dieses Systems auch jetzt zu einem großen Kampf um die Neuaufteilung der Welt, zum Dritten Weltkrieg.

Im folgenden Artikel wollen wir diese neue Phase der imperialistischen Auseinandersetzungen genauer untersuchen. Warum führen die Widersprüche des imperialistischen Systems gesetzmäßig zu Kriegen, auch zwischen

den großen imperialistischen Ländern? Wie haben sich die imperialistischen Widersprüche in den letzten dreißig Jahren, seit dem Zerfall der Sowjetunion und des vormaligen Ostblocks konkret entwickelt? Wie kam es zum Krieg in der Ukraine und welche Rolle spielen die verschiedenen imperialistischen Mächte hierin? Wie wahrscheinlich ist der Ausbruch eines Dritten Weltkriegs in den nächsten Jahren? Welche Rolle spielt der deutsche Imperialismus hierbei? Und welche Aufgaben ergeben sich hieraus für die Arbeiter:innenklasse in Deutschland und die kommunistische Bewegung?

1. Die Gesetzmäßigkeit von Kriegen im Imperialismus

DAS MONOPOL ALS GESETZMÄSSIGE TENDENZ DES KAPITALS

Die aktuellen Auseinandersetzungen zwischen den imperialistischen Mächten lassen sich nur richtig verstehen, wenn man ihre ökonomischen Grundlagen, das heißt die fundamentalen Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise in ihrem imperialistischen Stadium, berücksichtigt. Lenin hat in seiner grundlegenden Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ herausgearbeitet, dass der Kapitalismus mit dem Übergang zum 20. Jahrhundert eine qualitativ neue Stufe erreicht hat¹. Diese ist gekennzeichnet durch die Herausbildung von kapitalistischen **Monopolen**, welche die gesamte Produktion und das Kapital eines Landes bzw. ganzer Weltregionen kontrollieren und auf dieser Grundlage die Märkte unter sich aufteilen.²

Im kapitalistischen Konkurrenzkampf gehen immer wieder kapitalistische Unternehmen unter, und deren Widersacher eignen sich ihr Kapital an. Hierdurch schreitet die Konzentration und Zentralisation des Kapitals in immer weniger Händen voran. Die Herausbildung von Monopolen ist die gesetzmäßige Folge dieser **Konzentration und Zentralisation** im Konkurrenzkampf und führt wiederum dazu, dass dieser sich qualitativ verändert und maximal verschärft: *„Die Konzentration ist so weit fortgeschritten, daß*

man einen ungefähren Überschlag aller Rohstoffquellen (...) in dem betreffenden Lande, (...), ja in der ganzen Welt machen kann. Ein solcher Überschlag wird nicht nur gemacht, sondern die riesigen Monopolverbände bemächtigen sich dieser Quellen und fassen sie in einer Hand zusammen. Es wird eine annähernde Berechnung der Größe des Marktes vorgenommen, der durch vertragliche Abmachungen unter diese Verbände ‚aufgeteilt‘ wird.“³

Die Aufteilung des Marktes unter die Monopolverbände erfolgt dabei nicht aus zufälligen, subjektiven Gründen, etwa aus reiner Machtgier ihrer Vorstände oder Kapitaleigner, sondern aus ökonomischer Notwendigkeit: Der **tendenzielle Fall der Profitrate**, der ebenfalls eine Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Akkumulation darstellt⁴, zwingt die Unternehmen zur Monopolbildung, damit sie angesichts der fallenden Profitraten überhaupt die erweiterte Reproduktion des Kapitals stabil aufrechterhalten können.⁵ Sie tun dies, indem sie ihre produktionsbeherrschende Stellung benutzen, um bei der Verwertung ihres Kapitals einen **Aufschlag auf den kapitalistischen Durchschnittsprofit** zu verlangen. Wir sprechen in diesem Fall vom **Maximal- oder Monopolprofit**. Etwas freier formuliert kann man sagen: Das Kapital kann sich ab einer bestimmten Stufe seiner Entwicklung nicht mehr stabil verwerten, wenn die Unternehmen nur zu den Bedingungen der freien Konkurrenz

Waren einkaufen und verkaufen und nur die Arbeitskraft ihrer eigenen Lohnarbeiter:innen ausbeuten. Sie müssen stattdessen als Monopole eine solche Macht aufbauen, dass sie ihre Profite durch Zwangsmittel, d.h. durch Raub bei allen anderen Teilen der Gesellschaft steigern können.⁶

Die wichtigsten konkreten Zwangsmittel zur Ausschaltung der freien Konkurrenz und der Durchsetzung des Monopolprofits sind

- die Unterordnung von kleineren und mittleren kapitalistischen Unternehmen (z.B. Zuliefer- und Abnehmerbetriebe) unter die Monopole, denen sie die Ankaufs- und Verkaufspreise diktieren und sich damit einen Teil des von den Arbeiter:innen dieser Unternehmen produzierten Mehrwerts aneignen,
- die Verflechtung von Monopolen über die verschiedenen Wirtschaftszweige hinweg – und insbesondere die Verflechtung von Industrie- und Bankkapital – zum **Finanzkapital**,
- die Inbesitznahme möglichst vieler Rohstoffquellen und die Eroberung von Territorien zum Zweck der Errichtung eines Kolonialmonopols, d.h. zum Export von Kapital in andere Länder, um diese auszubeuten.

Schon allein für die letzten beiden Maßnahmen ist es erforderlich, dass sich die Monopole den bürgerlichen Staat unterordnen und für die Organisierung der Monopolprofite einspannen. Der Staat erhält im Imperialismus schließlich eine zentrale Rolle bei der

1 Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, LW 22, S. 270 f.

2 Vgl. hierzu: „Der deutsche Imperialismus in Europa“, Kommunismus 16, S. 5 f.

3 Lenin, ebd., S. 209

4 Vgl. Karl Marx, „Das Kapital“, Band 3, MEW 25, S. 221 ff.

5 Vgl. Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, SW 15, Verlag Roter Morgen 1979, S. 329

6 Vgl. Fred Oelßner, „Ein Beitrag zur Monopoltheorie“, aus: Probleme der politischen Ökonomie, Band 3, Akademie-Verlag 1960, S. 67, www.kommibibl.wordpress.com/2019/03/03/f-oelssner-monopoltheorie

Organisierung des Monopolprofits, etwa durch die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums über den Staatshaushalt, aus den Händen der Arbeiter:innenklasse und anderer werktätiger Teile der Gesellschaft nach ganz oben, zum Finanzkapital. Die Monopole ordnen sich schließlich alle Teile der Gesellschaft unter und bringen einen immer größeren Teil des gesellschaftlichen Gesamt-Reichtums in ihre Verfügungsgewalt (etwa über die Bankkonten der Arbeiter:innen, den Aktienmarkt, das Versicherungswesen, das Rentensystem usw.).

MONOPOLISTISCHE KONKURRENZ UND DIE NOTWENDIGKEIT DER KON- TROLLE ÜBER TERRITORIEN

Die Ausschaltung der freien Konkurrenz bedeutet nicht, dass die kapitalistische Konkurrenz durch die Monopole vollständig beseitigt wird. Vielmehr wird sie auf einer höheren Stufenleiter und in verschärfter Form wiederhergestellt. Die „Abmachungen unter den Monopolverbänden“ richten sich nämlich nach den Kräfteverhältnissen zwischen den Monopolen, die einer ständigen Bewegung unterliegen. Wird eine Reihe von Monopolen im Verlauf der Entwicklung der kapitalistischen Reproduktion geschwächt und gewinnen andere Monopole an Stärke, kommt es früher oder später zur Aufkündigung der alten Abmachungen und zu einer **Neuverteilung der Ressourcen, der Produktion und der Märkte**. Bei diesem ständigen Neuverteilungskampf setzen die Monopole letztlich alle Mittel ein, sodass sich verhältnismäßig ruhige, „friedliche“ Phasen des wirtschaftlichen Kampfes zwischen den Monopo-

len mit aggressiven Phasen des Wirtschaftskriegs abwechseln.

Auf der Ebene der Staaten findet dieser Kampf um die Neuverteilung der kapitalistischen Produktion und der Märkte seine Entsprechung im **Kampf um Territorien**, um die politische und militärische Kontrolle über Volkswirtschaften, Rohstoffquellen, Absatzmärkte, Arbeitsmärkte und geostrategisch bedeutsame Gebiete – wie z.B. Meereszugänge, Häfen, Handelswege und Pipelines. Hinzu kommen sogenannte „**pivot states**“, womit die Imperialist:innen geographisch zentrale Territorien als strategisch wichtige Gebiete auf der Weltkarte bezeichnen. Die imperialistischen Staaten unterliegen – im Einklang mit den hinter ihnen stehenden Monopolen – einer ungleichmäßigen ökonomischen, politischen und militärischen Entwicklung. Gewinnen einige imperialistische Staaten an Stärke gegenüber ihren Konkurrenten, setzt dies ab einem bestimmten Punkt einen Kampf um die Neuverteilung bestimmter Weltregionen auf die Tagesordnung. Auch hier wechseln sich je nach Weltregion „friedliche“ Phasen, in denen die wirtschaftliche Durchdringung und diplomatische Methoden der Verfolgung geostrategischer Ziele im Vordergrund stehen, mit kriegerischen Phasen ab, in denen die Neuverteilung von Territorien von den imperialistischen Staaten mit militärischer Macht ausgefochten wird. Dies geht bis zur **Neuziehung von Staatsgrenzen**, so wie in Europa nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, in Westasien mit dem Sykes-Picot-Abkommen (1916) und infolge der Zerschlagung der Sowjetunion 1991 und Jugoslawiens ab 1992. Wichtig ist hierbei: Der Krieg ist ein allgegenwärtiger Bestandteil des Imperialismus. Militärische Kriege

sind im Imperialismus Dauerzustand, jedoch manchmal auf bestimmte Weltregionen begrenzt. Und ob der Krieg zwischen den großen imperialistischen Mächten vorwiegend militärisch oder politisch-ökonomisch ausgefochten wird, unterscheidet sich je nach Staaten und ihren konkreten Kräfteverhältnissen zu einem bestimmten Zeitpunkt.

Das heißt, imperialistische Kriege treten nicht etwa auf, nur weil der Präsident eines Landes machtgierig oder wahnsinnig geworden ist. Sie sind vielmehr die **Fortsetzung der imperialistischen Politik mit anderen Mitteln**, die sich wiederum aus der **Geostrategie der imperialistischen Staaten** ergibt. Die imperialistischen Staaten verfolgen eine solche Strategie zur Erlangung der Kontrolle über Territorien mit militärischen und nicht-militärischen Mitteln in erster Linie, um den kapitalistischen Monopolen, die hinter ihnen stehen, die Voraussetzungen zur Erzielung von Monopolprofitten zu sichern. Diese Voraussetzungen sind der **Zugang zu Rohstoffen, Absatzmärkten und Arbeitskraft**, und sie brauchen diese Zugänge, um im globalen Konkurrenzkampf mit anderen kapitalistischen Monopolen zu bestehen.⁷ Die Geostrategie nimmt gegenüber den direkten Wirtschaftsinteressen der Monopole ein gewisses Eigenleben an, das von geographischen und anderen (z.B. historischen und kulturellen) Faktoren beeinflusst wird.

Stalin hat die wichtigsten Züge des ökonomischen Grundgesetzes des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium vor diesem Hintergrund zusammengefasst als *„Sicherung des kapitalistischen Maximalprofits durch Ausbeutung,*

⁷ Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, LW 22, S. 257 f.

Ruinierung und Verelendung der Mehrheit der Bevölkerung des gegebenen Landes, durch Versklavung und systematische Ausplünderung der Völker anderer Länder, besonders der zurückgebliebenen Länder, und schließlich durch Kriege und Militarisierung der Volkswirtschaft, die der Sicherung von Höchstprofiten dienen“⁸

Hieraus ergibt sich die **Gesetzmäßigkeit von Kriegen im Imperialismus**. Diese besteht seit dem Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium und gilt bis heute unverändert, wie sich an den zahlreichen imperialistischen Kriegen der letzten Jahrzehnte sehen lässt.

DIE ENTWICKLUNG DES IMPERIALISMUS SEIT DEN 1970ER JAHREN

Der Imperialismus hat sich in den letzten Jahrzehnten in bestimmten Aspekten weiterentwickelt, die jedoch nichts an seinen grundlegenden Gesetzmäßigkeiten ändern. Wir sind auf einige Aspekte der Weiterentwicklung des Imperialismus bereits in früheren Artikeln eingegangen und

⁸ Stalin, „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, SW 15, Verlag Roter Morgen 1979, S. 329 f.

wollen diese im folgenden in geordneter Form darstellen.⁹ Die wichtigsten dieser Aspekte sind:

- Das Hinauswachsen der kapitalistischen Reproduktion und des Kapitals überhaupt über die Grenzen der Nationalstaaten, aufbauend auf der **Internationalisierung des Produktionsprozesses**, der heute vorwiegend in Form von globalen Zulieferketten organisiert ist. Diese ist die Grundlage für die Internationalisierung des Handels und der Finanzbranche. Die imperialistischen Staaten haben die Schranken für die internationale Bewegung des Kapitals seit den 1970er Jahren immer weiter abgebaut, sodass das Kapital sich auf der Jagd nach Monopolprofiten relativ frei quer über den Globus bewegen kann. Diese Entwicklung wird auch als Globalisierung bezeichnet. Hier ist jedoch wichtig zu betonen, dass es sich um eine **Globalisierung unter imperialistischen Bedingungen** handelt.
- Aufbauend auf dieser Internationalisierung des Produktionsprozesses und des Kapitals überhaupt haben sich die größten kapitalistischen Monopole

⁹ Vgl. „Der deutsche Imperialismus in Europa“, Kommunismus 16

zu **Weltmonopolen** weiterentwickelt. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie den internationalisierten Produktionsprozess kontrollieren.

- Es zeigt sich eine Tendenz zur **Spezialisierung der kapitalistischen Monopole** in der Industrie, der Finanzbranche sowie allen anderen Zweigen der Wirtschaft, welche die früher vorherrschende Tendenz zu branchenübergreifenden Konglomeraten abgelöst hat. In der Finanzwelt macht sich dies z.B. in der Trennung von Banken, Versicherungen, Fondsgesellschaften, Private-Equity-Firmen, Vermögensverwaltungen, Family Offices und immer weiter spezialisierteren Firmen bemerkbar, die wechselseitig miteinander und mit den Industrie- und Handelsmonopolen verflochten sind. Es handelt sich hierbei um einen Formwechsel in der Organisation des Kapitals als Monopole. Die Kontrolle über dieses Netzwerk aus formal unabhängigen Monopolen bleibt dabei bei einer verschwindend kleinen Schicht aus Kapitalist:innen, der **Finanzoligarchie**, konzentriert.
- Die **Monopolisierung** erfasst heute **alle Ebenen der ka-**

Begriffsklärung: Geostrategie und Geopolitik

Unter dem Begriff **Geostrategie** verstehen wir die Gesamtheit aller politischen, ökonomischen, militärischen und sonstigen (z.B. kulturellen) planmäßigen Maßnahmen imperialistischer Staaten, die dem Zweck der Erzielung der Welthegemonie im Interesse des eigenen monopolistischen Kapitals dienen. Von diesem Begriff müssen wir die **Geopolitik** abgrenzen, bei der es sich um ein Teilgebiet der bürgerlichen Wis-

senschaft handelt, nämlich das ideologische Zerrbild der Geostrategie, das z.B. in imperialistischen Think Tanks gelehrt wird. Die bürgerliche Ideologie in der Geopolitik drückt sich darin aus, dass die imperialistische Strategie losgelöst von ihrer politisch-ökonomischen Grundlage (dem Monopolkapitalismus) betrachtet wird. Vielmehr stellt die Geopolitik sie als logische Konsequenz entweder natürlicher Einflüsse

(vor allem der Geographie) oder einer idealistischen Erzählung dar (Grundlage der Weltgeschichte sei der Kampf zwischen den „Landmächten“ und den „Seemächten“).

Von der Geostrategie imperialistischer Mächte muss außerdem die **Strategie der internationalen Arbeiter:innenbewegung zur sozialistischen Weltrevolution** abgegrenzt werden, die einen vollständig anderen Klasseninhalt hat.

kapitalistischen Produktion, das heißt bis hinunter zu den kleineren und mittleren Unternehmen. Dabei fügen sich alle kapitalistischen Monopole in eine Hierarchie ein, die von den Weltmonopolen beherrscht wird. Das heißt, kleinere und mittlere Firmen können heute als Hersteller bestimmter spezialisierter Waren (wie z.B. bestimmten Werkstoffen für die Autoindustrie) Monopolisten auf ihrem begrenzten Geschäftsfeld sein, sind aber als Zulieferer der Weltmonopole von diesen abhängig, also Teil ihres Herrschaftsbereichs. Insbesondere treten sie den Weltmonopolen einen Teil ihres Mehrwerts ab und können in aller Regel keine von den Weltmonopolen unabhängige Unternehmensstrategie verfolgen. Wir sprechen daher von **abhängigen Monopolen**.

- Die Entwicklung des Imperialismus ab den 1970er Jahren ist von einer massiven **Ausweitung des Kredits – speziell des Staatskredits – und des fiktiven Kapitals** begleitet worden.¹⁰ Im Jahr 1973 wurde das Bretton-Woods-Währungssystem zwischen den imperialistischen Ländern aufgehoben, das die Kopplung der meisten Währungen an den Dollar und des Dollars an Gold – also reale Werte – vorsah. Die damit erfolgende Einführung eines reinen Kreditgeldsystems durch die imperialistischen Staaten hat die Explosion des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs in den nachfolgenden Jahrzehnten ermöglicht. Zugleich hat sich die schon von Lenin festgestellte Tendenz zur Entstehung eines dauerhaften **Kapitalüberschusses** und zur

„Vorherrschaft des Rentiers“, das heißt zum Übergewicht des Finanzkapitals über alle übrigen Formen des Kapitals¹¹, fortgesetzt und verschärft. Der Krisenzyklus im globalisierten Imperialismus wird durch die Herrschaft der Weltmonopole und das Eingreifen der imperialistischen Staaten in die kapitalistische Reproduktion ständig verzerrt und die Lösung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte, die sonst durch die kapitalistischen Krisen herbeigeführt wird, von Zyklus zu Zyklus immer wieder unterdrückt. Der Preis hierfür ist eine historische Kreditblase: Die Summe aller weltweiten Kredite hat im Jahr 2021 etwa das Dreifache des globalen Bruttoinlandsproduktes betragen und damit ein Niveau erreicht wie zuletzt am Ende des Zweiten Weltkriegs.¹²

DAS HEUTIGE IMPERIALISTISCHE WELTSYSTEM

Wir müssen betonen, dass die Globalisierung im Imperialismus nicht zu einer verminderten Bedeutung oder gar einer Auflösung der **Nationalstaaten** führt. Den Nationalstaaten kommt ganz im Gegenteil, wie wir oben bereits herausgestellt haben, eine sehr wichtige Funktion für die Weltmonopole zu, nämlich die einer **Machtbasis für den internationalen monopolistischen Konkurrenzkampf**. Die Staaten spielen eine fundamentale Rolle dabei, die Arbeiter:innenklasse niederzuhalten, den gesamten gesellschaftlichen Reichtum eines Landes in die Verfügungsgewalt der Weltmonopole zu bringen und den Monopolprofit zu organisieren (etwa über den Staatshaushalt).

Nach außen dienen sie zur Durchsetzung der strategischen Interessen der eigenen Weltmonopole auf der Weltbühne und insbesondere zur Sicherung von Territorien, ob nun durch direkte Eroberung oder durch wirtschaftliche und politische Durchdringung anderer Länder.

Was sich durch die Weiterentwicklung des Imperialismus mit der Globalisierung geändert hat, ist, dass der internationale monopolistische Konkurrenzkampf komplexer geworden ist und mehr Abhängigkeitsverhältnisse beinhaltet. Die Weltmonopole werden mit ihrer Entstehung zu den **bestimmenden Akteuren** im weltweiten Konkurrenzkampf, während die von ihnen abhängigen Monopole nur begrenzt eine eigenständige Weltstrategie verfolgen können. Dies spiegelt sich nun auch im **Verhältnis zwischen den Nationalstaaten** wieder. Ob ein kapitalistischer Staat eine eigenständige Welt-herrschaftsstrategie verfolgen kann, ist stark davon abhängig, ob hinter ihm Weltmonopole stehen, wie viele es sind und wie deren Stellung im globalen Kapitalismus aussieht. Besitzen die Weltmonopole eines kapitalistischen Landes heute z.B. eine Reihe von abhängigen Monopolen in einem anderen Land, das nicht über eigene Weltmonopole verfügt, oder sind Tochterfirmen der Weltmonopole dort die beherrschenden Unternehmen, ergibt sich hieraus ein Abhängigkeitsverhältnis des letzteren Staates von ersterem. Derartige Verhältnisse bestehen heute z.B. zwischen den USA und der Türkei sowie zwischen Deutschland und einigen Ländern in Osteuropa, wie z.B. Tschechien und der Slowakei.¹³ Die komplexen Abhängigkeitsverhältnisse zwi-

10 Vgl. „Wirtschaftskrise – Entstehung, Folgen und Widerstand“, Kommunismus 15, S. 16 ff.

11 Vgl. Lenin, „Der Imperialismus“, S. 242

12 <https://perspektive-online.net/2021/09/rekord-hoch-fast-300-billionen-us-dollar-schulden-weltweit/>

13 Vgl. „Der deutsche Imperialismus in Europa“, Kommunismus 16

schen den Staaten des imperialistischen Weltsystems äußern sich auch in der gewachsenen Bedeutung **internationaler finanzkapitalistischer Organisationen** – wie z.B. Internationaler Währungsfonds, Weltbank, Asiatische Entwicklungsbank – und **imperialistischer Bündnisse** wie der Europäischen Union, der Eurasischen Wirtschaftsunion oder der Schanghai Organisation für Zusammenarbeit.

Zudem müssen wir heute im Unterschied zur Situation Anfang des 20. Jahrhunderts feststellen, dass es keine Staaten mehr auf der Welt gibt, in denen der Kapitalismus nicht die vorherrschende Produktionsweise ist. Davon ausgehend sprechen wir von einem **imperialistischen Weltsystem**, das alle Länder der Welt umfasst und, aufbauend auf der Herausbildung von Weltmonopolen eine pyramidenartige Hierarchie aufweist:

An der Spitze der imperialistischen Pyramide steht eine Reihe von Staaten mit einer verhältnis-

mäßig großen Zahl von Weltmonopolen, einer breit aufgestellten ökonomischen Basis, einer hohen Wirtschaftsleistung und einer politischen und militärischen Stellung, die sie in die Lage versetzt, eine eigene Geostrategie – im Sinne einer Beteiligung am Kampf um die Welthegemonie – zu verfolgen. Diese Gruppe bezeichnen wir als **imperialistische Staaten**, und wir zählen dazu aktuell die **USA** und **China**, sowie **Deutschland**, **Japan**, **Russland**, **Indien**, **Frankreich** und das **Vereinigte Königreich**. Diese Staaten weisen untereinander bezüglich ihrer Struktur und ihrer Machtstellung erhebliche Unterschiede auf. Der Kampf um die imperialistische Weltherrschaft erscheint heute z.B. in erster Linie als ein Duell zwischen den USA und China, während das Vereinigte Königreich und Frankreich vor allem aufgrund ihrer historischen Machtstellung noch auf den hinteren Plätzen der „ersten Liga“ eine Rolle spielen. Russlands Wirtschaft im allgemeinen

ist wiederum deutlich schwächer als die der anderen imperialistischen Staaten. Trotzdem kann das Land aufgrund seiner historischen Machtstellung, seiner territorialen Größe, seiner (aktuellen) militärischen Stärke und seiner Kontrolle über strategisch wichtige Rohstoffe heute nach wie vor eine eigenständige imperialistische Geostrategie verfolgen. Dabei hat das Land in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich größere Erfolge verzeichnet als in der Öffentlichkeit für gewöhnlich wahrgenommen wird.

Zudem hat die Weltwirtschaftskrise 2019 / 2020 im Zusammenwirken mit der Corona-Pandemie zu einer relativen Stärkung Russlands und Chinas gegenüber den westlichen Imperialisten geführt. Die Frage der Stellung des russischen Imperialismus in der Welt werden wir weiter unten noch vertiefen. Insgesamt müssen wir betonen, dass die Kräfteverhältnisse zwischen den imperialistischen Ländern **dynamisch** sind und sich diese Dynamik gerade



Europäische Union und Weltbank, Shanghai Organisation für Zusammenarbeit und Asiatische Entwicklungsbank – sie alle sind Ausdruck vorübergehender imperialistischer Bündnisse

in Krisen- und Kriegszeiten erheblich verstärkt. Das bedeutet, dass vermeintlich schwächere imperialistische Staaten in solchen Zeiten relativ zu ihren Konkurrenten erheblich an Stärke gewinnen können. Darüber hinaus bedeutet es, dass vermeintlich feste Bündniskonstellationen – wie z.B. die der westlichen Imperialisten gegen Russland und China – aufbrechen können und es zur Bildung neuer Bündnisse kommt.

Hinter den führenden imperialistischen Staaten gibt es zahlreiche Länder vor allem in Europa, die in der Pyramide etwas weiter unten angesiedelt sind. Dabei handelt es sich um Staaten, hinter denen eine geringere Zahl an Weltmonopolen steht und die allenfalls in einem oder wenigen Wirtschaftsbereichen eine führende Rolle spielen. Die Wirtschaftsleistung dieser Länder ist deutlich schwächer als die der führenden Imperialisten. Viele dieser schwächeren imperialistischen Länder sind Rentierstaaten und ehemalige Kolonialmächte, die heute noch eine gewisse Kontrolle über ihre ehemaligen Kolonien ausüben. Auf Weltebene finden wir unter ihnen jedoch auch ehemalige Kolonien. Für eine eigenständige Geostrategie sind all diese Länder zu schwach. Zu dieser Gruppe zählen wir **Italien, Spanien, die Niederlande, Belgien, Däne-**

mark, Schweden, Österreich, Norwegen und die **Schweiz**. Außerhalb Europas können wir Staaten wie **Australien, Kanada, Südkorea, Brasilien, Mexiko, die Türkei** sowie einige arabische Länder (**Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate**) in diese Kategorie einordnen.

Danach folgen in der imperialistischen Hackordnung die **kapitalistischen Staaten mittlerer Größe**, die zwar eine starke Wirtschaftsleistung vorweisen können, jedoch keine oder nur einzelne Weltmonopole hinter sich haben (wie z.B. **Portugal, Finnland, Polen, Ungarn, Tschechien, Griechenland**). Einige dieser Länder können dennoch eine gewisse regionale Hegemonialstellung gegenüber anderen Staaten einnehmen, wie z.B. Tschechien in Bulgarien oder Griechenland auf dem Balkan.

Am unteren Ende der Pyramide stehen wiederum diejenigen Länder, die entweder direkte **Kolonien** anderer Staaten sind (wie z.B. Kosovo und Bosnien-Herzegowina) oder als formal unabhängige Staaten in einem **neokolonialen Abhängigkeitsverhältnis** zu den imperialistischen Ländern stehen. In Europa zählen hierzu z.B. die **Ukraine, Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Slowenien** und andere osteuropäische Staaten. Charakteristisch für die-

se Länder ist, dass ihre Rohstoffquellen von ausländischen Weltmonopolen ausgebeutet werden, während ihnen eine eigene industrielle Entwicklung auf breiter Basis verwehrt wird. Industrielle und teilweise agrarische Konsumgüter werden von diesen Ländern in der Regel aus dem Ausland importiert, oder sie beherbergen allenfalls Industriebetriebe, in denen vorgefertigte Waren im wesentlichen nur zusammengebaut werden (wie es z.B. in einigen Autofabriken von VW in Afrika geschieht¹⁴). Am Verkauf der heimischen Rohstoffe ans imperialistische Ausland bereichert sich vor allem eine kleine Schicht, die man als Komprador-Bourgeoisie bezeichnet. Ebenso wie unter den imperialistischen Staaten gibt es auch **unter den (Neo)kolonien noch einmal deutliche Abstufungen**. Die wirtschaftliche Struktur von Kroatien oder der Ukraine etwa unterscheidet sich noch einmal deutlich von Staaten mit einer viel weniger ausgeprägten kapitalistischen Entwicklung wie Haiti, Jemen, Bangladesch, Mali oder Kongo.

Diese Einteilung kann natürlich nur als eine grobe Orientierung verstanden werden. Die imperialistischen Machtverhältnisse haben heute eine solche Komplexität erreicht, dass sich die Länder in jeder der genannten Kategorien noch einmal sehr stark ausdifferenzieren lassen. Zudem gibt es Staaten, die in keine der genannten Gruppen gehören, so z.B. zahlreiche kleine Rentierstaaten, die als Steueroasen an den imperialistischen Staaten hängen (wie etwa Luxemburg oder Liechtenstein) und unter denen auch starke gegenseitige Abhängigkeiten bestehen.



Das Bild der Pyramide kann uns dabei helfen, den heutigen Weltimperialismus zu begreifen

14 Vgl. „VW startet Produktion in Kenia“, Deutsche Welle vom 21.12.2016, <https://www.dw.com/de/vw-startet-produktion-in-kenia/a-36863374>



2. Die Entwicklung der zwischen-imperialistischen Widersprüche seit 1989/90

Die heutige **Staatenordnung** des imperialistischen Weltsystems kann man als das direkte Ergebnis vor allem von drei historischen Entwicklungen auffassen. Diese sind:

1. Der **Sieg der Anti-Hitler-Allianz im Zweiten Weltkrieg**, der zu einer Neuordnung der Staaten Europas geführt hat. Dazu gehört die Neufestlegung der deutschen Ostgrenze an der Oder-Neisse-Linie sowie der Grenzen Polens und der Ukraine. Die Besonderheit dieser Neuaufteilung von Territorien war, dass sie zwischen einem von der Sowjetunion angeführten **sozialistischen Lager** von Staaten und den imperialistischen Staaten innerhalb der Anti-Hitler-Allianz diplomatisch ausgehandelt wurde. Innerhalb des imperialistischen Lagers führte diese Entwicklung zur Herausbildung der USA als Führungsmacht auf allen Gebieten (wirtschaftlich, politisch, militärisch, kulturell).

2. Die **chinesische Revolution** von 1949 und die **antikolonialen Revolutionen in Asien und Afrika**. Diese haben zum Ende der bisherigen europäischen Kolonialreiche, zur formalen Unabhängigkeit zahlreicher Staaten

sowie zu deren Ausdifferenzierung hinsichtlich ihrer Stellung im imperialistischen Weltsystem geführt. Insbesondere haben diese Revolutionen zusammen mit der anschließenden Gegenbewegung zur Wiedererrichtung der kapitalistischen Produktionsweise letztlich die Grundlagen für die Entwicklung von **China** und **Indien** zu neuen imperialistischen Mächten gelegt.

3. Die **Annexion der DDR durch Westdeutschland**¹ (1990) und die **Auflösung der Sowjetunion** durch den Austritt der baltischen Staaten, der Ukraine, Weißrusslands, der kaukasischen sowie der zentralasiatischen Teilrepubliken (1991). Dem vorausgegangen war die Restauration des Kapitalismus in den meisten ehemals sozialistischen Staaten ab den 1950er Jahren.² Die besondere staatsmonopolistische Struktur des Kapitalismus in der Sowjetunion führte dort zu chronischen wirtschaftlichen Krisenerscheinungen³, die von der

Gorbatschow-Regierung ab den 1980er Jahren mit einer verstärkten Einführung von klassischen Organisationsformen des Kapitals beantwortet wurden (z.B. durch die Lockerung der Planwirtschaft und die Einführung von Privatunternehmen)⁴. Dennoch war die Auflösung des Warschauer Paktes und der Sowjetunion nicht das Ergebnis eines „Bankrotts“ oder einer „Implosion“, wie die westliche Propaganda es gerne darstellt, sondern eine gezielte Zerschlagung, die durch eine hybride Kriegsführung der NATO-Staaten vorbereitet wurde. In den Jahren ab 1992 erfolgte schließlich die **Zerschlagung Jugoslawiens**. Nach dem Ende der Sowjetunion wurde der US-Imperialismus zur alleinigen Welthegemonialmacht. Diese Rolle wird ihm heute jedoch vor allem von **China** streitig gemacht.

of the economic decline and collapse of the Soviet Union“, aus: Proceedings of the 43rd Brazilian Economics Meeting, 2016, <https://EconPapers.repec.org/RePEc:anp:en2915:029>

1 Vgl. „Die Annektion der DDR und ihre Folgen“, *Kommunismus* 10, S. 38 ff.

2 Vgl. „Über die Zerstörung des Sozialismus und die Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion“, *Kommunismus* 7, S. 12 ff.

3 Vgl. Numa Mazat, „Structural analysis

4 Vgl. „Perestroika – Sowjetunion auf dem Weg zu westlichen Formen des Kapitalismus“, aus: KPD, „Die Sowjetunion – ein kapitalistisches, imperialistisches Land“, Verlag Roter Morgen 1988, S. 40 ff.

DIE ROLLE DES RUSSISCHEN IMPERIALISMUS

Infolge der Auflösung der Sowjetunion trat die **Russische Föderation** 1992 als Nachfolgestaat in deren Fußstapfen. Die meisten anderen früheren Sowjetrepubliken – z.B. Belarus, die Ukraine und die zentralasiatischen Staaten – gründeten noch 1991 zusammen mit Russland die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Sie behielten als (in Wahrheit) abhängige Staaten zunächst noch eine enge Bindung an Russland, die teilweise bis heute andauert. Die GUS verlor jedoch rasch an Bedeutung. Die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen fielen als Neokolonien schnell in den Einflussbereich der westlichen imperialistischen Länder und traten bereits 2004 der NATO und der EU bei.

Für Russland bedeutete das Ende der Sowjetunion einen dramatischen Abstieg gegenüber den westlichen imperialistischen Ländern und leitete eine längere Phase ein, in der sich **das russische Kapital und der Staat als imperialistische Macht neu organisierten**. Zuerst beseitigten Präsident Boris Jelzin und sein Vizepremier Jegor Gajdar in einer ökonomischen „Schocktherapie“ die letzten verbliebenen planwirtschaftlichen Elemente aus der Sowjetzeit und setzten die Privatisierung früherer Staatsunternehmen durch. Die „Anteilsscheine“, mit denen ein großer Teil des Staatseigentums angeblich an die Bevölkerung verschenkt werden sollte, konzentrierten sich schnell bei Teilen des früheren sowjetischen Staats- und Parteiapparats sowie Unternehmern, die bereits in der Gorbatschow-Zeit privates Kapital akkumuliert hatten und gute Beziehungen zur Jelzin-Regierung



Totengräber der Überbleibsel der Sowjetunion: Gorbatschow und Jelzin

unterhielten.⁵ Viele dieser Neukapitalisten hatten sich die ehemaligen Staatsbetriebe ohnehin schon ganz ohne Scheine „spontan“ angeeignet. Weitere Betriebe wurden in den Folgejahren einigermaßen regulär verkauft. Der Anteil privater Unternehmen am russischen Bruttoinlandsprodukt stieg innerhalb weniger Jahre von 5 % (1991) auf 70 % (1997).⁶ Auf der Basis dieser Privatisierungspolitik ist die russische **Finanzoligarchie** in ihrer heutigen Form und Zusammensetzung entstanden. Im Jahr 2008 hatte Russland nach den USA und vor Deutschland die zweitmeisten Milliardär:innen (mehr als 100).^{7 8}

Während die Finanzoligarchie sich in atemberaubendem Tempo bereicherte, war die russische Wirtschaft in den 1990er Jahren

insgesamt von einer schweren Krise erfasst. Das Bruttoinlandsprodukt sank zwischen 1990 und 1996 um 40 Prozent. Als die Jelzin-Regierung mit dem Ende der Sowjetunion an Silvester 1991 über Nacht auch die staatlichen Preiskontrollen beseitigte, explodierten die Preise für Konsumgüter. Die Inflationsrate im Jahr 1992 lag bei 1526 Prozent⁹, was zu einer **abrupten, massiven und dauerhaften Verelendung der russischen Arbeiter:innenklasse führte**. Diese wurde durch Jelzins Politik der radikalen Senkung der Staatsausgaben und des Sozialabbaus weiter verschärft. Im Jahr 1994 schätzten in einer Umfrage des (westlich orientierten) Meinungsforschungsinstituts Lewada-Zentrum 94 Prozent der Befragten in Russland ihr Einkommen als „unter dem notwendigen Existenzminimum liegend“ ein.¹⁰

Infolge der dauerhaften Krise im eigenen Land, den hohen Kosten durch den ersten Tschetschenienkrieg ab 1994 und die Asienkrise von 1997 wurde Russland 1998 zahlungsunfähig und nahm einen

5 Vgl. Ewa Dabrowska, „Voucher-Privatisierung“, www.dekoder.org/de/gnose/voucher-privatisierung-wirtschaftsreform

6 Vgl. Hansjörg Herr, „Die Finanzkrise in Russland im Gefolge der Asienkrise“, www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/25451/die-finanzkrise-in-russland-im-gefolge-der-asienkrise

7 Vgl. „Billionaires boom as Putin puts oligarchs at No 2 in global rich list“, www.theguardian.com/world/2008/feb/19/russia

8 Einige charakteristische Biographien z.B. von früheren Komsomol-Funktionären, die sich in den 1980er und 1990er Jahren zu Finanzoligarchen entwickelt haben, finden sich in: H.J. Jakobs, „Wem gehört die Welt?“, Knaus 2016, S. 264 ff.

9 Vgl. Hansjörg Herr, „Die Finanzkrise in Russland im Gefolge der Asienkrise“,

10 Vgl. Kennzahlen zur Armut in Russland, www.laender-analysen.de/russland-analysen/382/kennzahlen-zur-armut-in-russland

Hilfskredit von 22,6 Milliarden US-Dollar bei IWF und Weltbank auf. Im Gegenzug verpflichtete sich die Regierung zu weiteren Schritten in der Austeritätspolitik. Der Staatsbankrott von 1998 markierte den Tiefpunkt der russischen Krise und den Anfang vom Ende der Jelzin-Regierung. An Silvester 1999 erklärte Jelzin seinen Rücktritt und übergab die Amtsgeschäfte an den bisherigen Ministerpräsidenten und früheren KGB-Agenten Wladimir Putin, der ihm im Gegenzug Freiheit vor Strafverfolgung wegen Korruption zusicherte.

Unter der Putin-Regierung kam es in den folgenden Jahren zu einer **Stabilisierung des russischen Kapitalismus und des Staates**.¹¹ Nachdem die Jelzin-Regierung vor allem die rasche Akkumulation von privatem Kapital und die Herausbildung einer neuen Finanzoligarchie ermöglicht hatte, baute die Putin-Führung Russland zu einem modernen **imperialistischen Staat** um, der eine klare und allseitige Strategie im Interesse der Finanzoligarchie

11 Bis 2007 hat Russland alle Staatsschulden aus der Jelzin-Zeit abbezahlt und die Wirtschaft stabilisiert. Vgl. „Es geht um die Zusammenführung der einstigen Teile des Russischen Reiches“, Interview mit Fiona Hill, Internationale Politik, Mai / Juni 2022, S. 27

verfolgt. Dazu zählt die **Konzentration von strategisch wichtigen Sektoren der Wirtschaft** wie der **Energie-, Rohstoff- und Rüstungsindustrie bei Staatsmonopolen** – eine Strategie, die sich aus der besonderen Struktur des russischen Kapitalismus ergibt. Bei einigen der wichtigsten russischen Monopolkonzerne wie Gazprom (Gas), UES (Energie), Sberbank (Finanzwesen) und Rosneft (Öl) ist der russische Staat heute Mehrheitseigner. Die Konsolidierung der russischen Monopole unter Putin war von heftigen Machtkämpfen innerhalb der Finanzoligarchie begleitet, in deren Verlauf eine Reihe von Oligarchen entmachtet oder inhaftiert wurden. Bekannt wurde im Westen z.B. die Zerschlagung des zweitgrößten Ölkonzerns Yukos im Jahr 2003. Das Geschäft von Yukos fiel größtenteils an die Staatsmonopole Gazprom und Rosneft. Im Zuge der Zerschlagung wurde der Oligarch Michail Chodorkowski wegen Steuerhinterziehung für zehn Jahre inhaftiert.

Neben der Konsolidierung der Monopole und der kapitalistischen Wirtschaft insgesamt bestand ein Hauptfokus des russischen Imperialismus während der 2000er Jahre in der **Abwehr weiterer**

Verluste des eigenen Staatsgebietes, nämlich gegen von westlichen Geheimdiensten unterstützte islamisch-fundamentalistische Separatisten in Tschetschenien.¹² Der zweite Tschetschenien-Krieg dauerte von 1999 bis 2009 und endete mit der Niederschlagung der Separatisten.

Rückblickend muss man feststellen, dass Russland seine Machtstellung unter den führenden imperialistischen Staaten nach der Auflösung der Sowjetunion trotz der schweren Krise und einer langen Phase der Reorganisation seines Finanzkapitals verteidigen und schließlich auch wieder ausbauen konnte. Heute gehört Russland zu den **größten imperialistischen Staaten**, auch wenn der russische Imperialismus besonders schwere **strukturelle Schwächen** aufweist. Dazu zählt vor allem die relative Schwäche seiner Volkswirtschaft: Nach BIP lag Russland im Jahr 2020 weltweit nur auf Platz 11.¹³ Das BIP pro Kopf befand sich mit 9.013 Euro sogar nur auf einem Viertel des Niveaus von Deutschland und auf einem Level mit China sowie Ländern wie Malaysia.

12 Vgl. „Deutsche Tschetschenen“, www.german-foreign-policy.com/news/detail/929

13 Vgl. www.laenderdaten.info/groesste-volkswirtschaften.php

Russland ist eine
Energiemacht



Für die Einschätzung Russlands als imperialistisches Land sind aber die folgenden Faktoren ausschlaggebend:

1. Russland verfügt über eine zweistellige Zahl von **Weltmonopolen**. Als erster Anhaltspunkt hierfür kann der Forbes-Global-2000-Index herangezogen werden, der ein Ranking der 2000 größten börsennotierten Unternehmen der Welt darstellt.¹⁴ 2021 schafften es 24 russische Konzerne in dieses Ranking, angeführt von den Banken **Sberbank** (Rang 51) und **VTB** (597), den Öl- Gas- und Pipelineunternehmen **Rosneft** (99), **Surgutneftgas** (309), **Gazprom** (367), **Lukoil** (467), **Transneft** (513), **Novatek** (530) und **Tatneft** (751) sowie dem Bergbaukonzern **Nornickel** (388), der Rohstoffe wie Nickel, Palladium und Platin fördert. Fünf dieser Unternehmen befinden sich überwiegend im Staatsbesitz. Ansonsten sind die genannten Monopole eng miteinander verflochten, sodass man von einem staatsmonopolistischen Monopolkomplex sprechen kann. Daneben verfügt Russland mit dem **Russian National Wealth Fund** über einen der 15 größten Staatsfonds weltweit, mit einem Volumen von knapp 200 Milliarden US-Dollar. Russland ist in der Liste der größten börsennotierten Unternehmen zwar deutlich weniger stark repräsentiert als andere große imperialistische Staaten wie Indien (50), Deutschland (54), Frankreich (53) oder das Vereinigte Königreich (66), und spielt eher in einer Liga mit Ländern wie Spanien (21) oder Italien (23). Die strategische Fokussierung der genannten russischen Monopole

14 Für die Bewertung der Größe von Unternehmen können verschiedene Kriterien angelegt werden. Das Forbes-Magazin verwendet hierfür eine Kombination aus Umsatz, Nettogewinn, Aktiva und Marktkapitalisierung. Vgl. www.forbes.com/lists/global2000/#3cb374bf5ac0

machen das Land aber zu einer **Weltmacht in der Rohstoffproduktion** und damit in der kapitalistischen Weltproduktion überhaupt, wie wir im folgenden sehen werden.

2. Die Charakterisierung der genannten Unternehmen als Weltmonopole wird deutlich, wenn man sich ihre Machtstellung in der globalisierten kapitalistischen Weltproduktion¹⁵ vor Augen führt. Das russische Finanzkapital ist überwiegend auf die **Produktion von Rohstoffen** fokussiert. Russland ist der weltweit zweitgrößte Produzent von **Erdgas** (mit einem Anteil von 16,6 Prozent an der globalen Fördermenge)¹⁶, der drittgrößte von **Erdöl** (mit einem Anteil von 12,5 Prozent)¹⁷ und belegt Platz 3 bei den weltweiten Exporten von **Hartkohle** (15 Prozent)¹⁸. Darüber hinaus ist das Land viertwichtigster Produzent von **Metallen** und **Metallverbindungen** (nach China, Australien und Brasilien), und hat insbesondere eine führende Position in der Produktion von **Aluminium** (Platz 2 – 6 %)¹⁹, **Nickel** (Platz 3 – 8,8 Prozent)²⁰, **Palladium** (Platz 1 – 37 Prozent)²¹ und **Kobalt** (Platz

15 Der britische Wirtschaftshistoriker Adam Tooze sieht z.B. gerade die globale Integration der kapitalistischen Wirtschaft als den Faktor, den Russland zum Aufbau seiner eigenen Machtstellung nutzen konnte. Vgl. Adam Tooze, „Chartbook #68 Putin’s Challenge to Western hegemony – the 2022 edition“, <https://adamtooze.substack.com/p/chartbook-68-putins-challenge-to>

16 Vgl. www.capital.de/wirtschaft-politik/das-sind-die-groessten-gasproduzenten-der-welt

17 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/233947/umfrage/anteil-an-der-weltweiten-erdoelproduktion-der-top-15-lander>

18 Vgl. www.produktion.de/wirtschaft/rohstoffe-russlands-machtbasis-und-europas-schwachstelle-232.html

19 www.technik-einkauf.de/rohstoffe/kritische-rohstoffe/diese-rohstoffe-kommen-aus-russland-215.html

20 www.technik-einkauf.de/rohstoffe/kritische-rohstoffe/die-groessten-produzenten-von-nickel-281.html

21 <https://de.statista.com/statistik/daten/>

2 – ca. 4 Prozent)²². Auch bei der Produktion anderer strategisch wichtiger Rohstoffe und Edelmetalle liegt Russland weltweit unter den Top 10 (z.B. Gold, Kupfer, sonstige Buntmetalle). Der Rohstoffschwerpunkt der russischen Wirtschaft verleitet manche politischen Kräfte dazu, Russland das Muster eines „halbentwickelten Dritte-Welt-Staates“ zuzuschreiben.²³ Auch der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte Russland einmal als „*Obervolta mit Atomraketen*“ bezeichnet.²⁴ Und immerhin machen Energieträger und Metalle tatsächlich einen Anteil von 70 Prozent am russischen Gesamtexport aus²⁵, was auf den ersten Blick an Kolonien erinnern mag. Eine solche Einschätzung verkennt jedoch, dass Russland **erstens** nicht nur bei der Produktion einiger weniger Rohstoffe, sondern **auf der ganzen Bandbreite strategisch wichtiger Rohstoffe für die Weltproduktion eine führende Rolle** spielt (und zwar insbesondere im Energiesektor), **zweitens** die Produktion dieser Rohstoffe selbst, **mit eigenen Staatsmonopolen kontrolliert** und **drittens** als einer der **wichtigsten Lieferanten dieser Rohstoffe** für zahlreiche imperialistische Staaten (wie z.B. Deutschland) zweifellos eine Machtstellung gegenüber diesen konkurrierenden Staaten aufgebaut hat. Damit gelingt es Russland bislang, seine

[studie/194143/umfrage/minenproduktion-von-palladium-nach-laendern](https://www.produktion.de/studie/194143/umfrage/minenproduktion-von-palladium-nach-laendern)

22 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/38452/umfrage/produktion-von-cobalt-in-ausgewaehlten-laendern>

23 Stansfield Smith, „Ist Russland imperialistisch?“, www.klassegegenklasse.org/ist-russland-imperialistisch

24 Wolfgang Drechsler, „Der Fluch der Rohstoffe: Warum Russland ein Scheinriese ist“, <https://hbapp.handelsblatt.com/mdsid/28253744.html>

25 Vgl. Dr. Roland Götz, „Russlands Volkswirtschaft“, www.bpb.de/themen/europa/russland/294707/russlands-volkswirtschaft

fundamentale Schwäche auf anderen Gebieten wie der High-Tech-Industrie, des Kapitalexports und des Bankensektors ein Stück aufzufangen. Genau dieser Umstand ist seit der Eskalation im Ukraine-Krieg und der Debatte um die (Un)möglichkeit eines Importstopps für russische Rohstoffe gerade in Deutschland mehr als deutlich geworden. Und genau das ist auch der Unterschied zwischen neokolonialen Ländern wie dem Kongo, deren Wirtschaft ebenfalls am Rohstoffexport hängt, die jedoch von ausländischen Monopolen ausgebeutet werden, und einem Staat wie Russland. Das Handelsblatt brachte diesen Unterschied Ende März mit Verweis auf führende bürgerliche Entwicklungsökonominnen auf den Punkt: „(...) Rohstoffstaaten wie die Demokratische Republik Kongo würden nicht trotz, sondern wegen ihres Rohstoffreichtums in Armut bleiben. Vorkommen wie Öl, Gas, Gold oder Kobalt seien eine Gelegenheit für die jeweilige heimische Elite, sich selbst zu bereichern und ein Luxusleben zu führen. Für einige Länder mag das stimmen. Russland und die Volksrepublik China aber nutzen die Verfügungsgewalt über so viele Rohstoffe als politischen Hebel.“²⁶

3. Russland gehört nicht nur in der Rohstoffproduktion zu den weltweit führenden Staaten, sondern auch in der Produktion und dem Verkauf von **Rüstungsgütern**. Die fortgeschrittene Rüstungsindustrie hat der russische Imperialismus ebenso wie sein großes Waffenarsenal von der Sowjetunion geerbt. Russland ist mit einem Anteil von 20 Prozent welt-

weit der zweitgrößte Waffenexporteur nach den USA (37%), wobei die Frage ist, welchen Anteil der Verkauf von sowjetischen Altbeständen hier einnimmt.²⁷ Der größte Rüstungskonzern des Landes **Almas-Antei** lag 2019 nach Umsätzen auf Platz 17 der weltgrößten Rüstungsunternehmen.²⁸ Insgesamt scheint die Rüstungsindustrie der innovativste Zweig der ansonsten als verhältnismäßig rückständig geltenden russischen Wirtschaft zu sein. Russland hängt ansonsten stark vom Import ausländischer Technologie ab. Eine solche Tendenz bestand schon zu Zeiten der Sowjetunion, als technische Fortschritte fast ausschließlich vom Militär beansprucht wurden.²⁹ Im jährlichen Global Innovation Index lag Russland im Jahr 2021 auf dem bescheidenen Platz 45 von 132 untersuchten Staaten³⁰, auch wenn es inzwischen eine gewisse Startup-Szene im Land gibt.³¹ Insgesamt scheint die er-

26 Hans-Jürgen Jakobs, „Wie China und Russland den Rest der Welt von ihren Rohstoffen abhängig machen wollen“, 25.03.22, www.handelsblatt.com/politik/international/rohstoffkrise-wie-china-und-russland-den-rest-der-welt-von-ihren-rohstoffen-abhaengig-machen-wollen/28195418.html

27 <https://de.statista.com/infografik/24412/das-sind-die-groessten-waffenhaendler-weltweit>

28 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/152177/umfrage/absatz-der-weltweit-groessten-ruestungsunternehmen>

29 Vgl. Numa Mazat, „Structural analysis of the economic decline and collapse of the Soviet Union“, aus: Proceedings of the 43rd Brazilian Economics Meeting, 2016, <https://EconPapers.repec.org/RePEc:anp:en2915:029>

30 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1103182/umfrage/bewertung-russland-nach-dem-global-innovation-index>

31 „Russland: Hidden Champion der Startup-Welt“, www.dortmund.ihk24.de/menu/international/startups/startup-szenen-weltweit/russland-hidden-cham-

Deutsche Metallimporte aus Russland

Anteil der deutschen Gesamtimporte in %



Quelle: Deutsche Rohstoffagentur

Deutschland importiert nicht nur Gas sondern weitere bedeutende Rohstoffe aus Russland

weiterte Reproduktion des fixen Kapitals eine der Achillesfersen des russischen Imperialismus zu sein. Die Bundeszentrale für politische Bildung kam 2019 zu der Einschätzung, dass in Russland mit „Investitionen in Sachanlagen von wenig mehr als 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (...) zwar Produktionsanlagen und Gebäude ersetzt und modernisiert werden [können]“. Der „gesamtwirtschaftliche Kapitalbestand“ wachse aber „nur geringfügig“³². In der Produktion von High-Tech-Erzeugnissen außer Rüstungsgütern spielt Russland daher keine Rolle. Nach Rohstoffen sind die wichtigsten Exportwaren chemische Erzeugnisse, Maschinen und Fahrzeuge sowie Agrargüter wie Weizen.³³

pion-der-startup-welt/3971632

32 Götz, „Russlands Volkswirtschaft“, www.bpb.de/themen/europa/russland/294707/russlands-volkswirtschaft

33 Ebd.



4. Russland gilt als Erbe der Sowjetunion immer noch als die zweitstärkste **Militärmacht** der Welt nach den USA³⁴ und kann sich beim direkten zahlenmäßigen Vergleich von Luftwaffe, Marine und Panzern weiterhin mit diesen messen.³⁵ Insbesondere verfügt Russland über die weltweit größte Zahl an nuklearen Sprengköpfen (6255). Dies ist jedoch nur der **Ist-Zustand der russischen Feuerkraft**. Dem steht gegenüber, dass Russland mit 61,7 Milliarden Euro nur noch das viertgrößte Rüstungsbudget weltweit aufweist (nach den USA, China und Indien), das aber mehr als 4 Prozent des russischen BIP entspricht. Russland zehrt also militärisch im wesentlichen von der vergangenen Stärke der Sowjetunion und wird in seiner Entwicklungsfähigkeit als Militärmacht durch die relative Schwäche seiner Volkswirtschaft und seines Kapitals limitiert. Hier kommt eine Erkenntnis zum Tragen, mit der der kommunistische Ökonom Eugen Varga bereits in den 1920er Jahren bezüglich der militärischen Schwäche Japans argumentiert hat: „Die militärische Macht eines Landes wird durch zwei Hauptfaktoren bestimmt: a) die

ökonomische Stärke des Landes, b) die Festigkeit seines Gesellschafts-systems.“³⁶ Das bedeutet: **Für die Bestimmung der militärischen Macht eines Landes ist es nicht allein das Entscheidende, heute die Gewehre und Raketen zu zählen!** Japan etwa musste als ein Land, das sich wirtschaftlich auf demselben Niveau wie die ärmsten Länder Europas befand, nach Vargas Einschätzung „viel rascher an die ökonomischen Schranken der Kriegsführung stoßen (...) als die anderen, die reichen, imperialistischen Länder.“³⁷ – und so war es am Ende auch! Vor dieser Gefahr steht auch der russische Imperialismus, und hierüber kann seine aktuelle Feuerkraft nicht hinwegtäuschen. Der tatsächliche Kriegsverlauf in der Ukraine hat zudem Mängel in der Organisation und Operationsfähigkeit der russischen Armee aufgezeigt, die im deutlich begrenzteren Syrien-Krieg nicht aufgefallen waren. Es ist bezeichnend und ein Ausdruck des dargelegten Widerspruchs der russischen Militärmacht, dass zahlreiche Militärexperten nach Beginn des Krieges einräumen mussten, sie hätten die Stärke der russischen Armee im Vorfeld stark überschätzt.³⁸

5. Russland ist **territorial das größte Land der Welt**, nämlich vor Kanada, den USA und China. Die riesige Ausdehnung des Landes und seine Lage sind nicht nur die geographische Basis für die Stellung Russlands als Rohstoffmacht. Darüber hinaus prädestinieren sie Russland für den Kampf um die Führungsmacht in Eurasien. Gleichzeitig weist Russland ein schwerwiegendes geographisches Problem auf, nämlich den fehlenden Zugang zu Häfen, die das ganze Jahr über eisfrei sind. Russlands Zugang zum Schiffs-handel sowie die Fähigkeit, eine militärische Macht zur See und damit eine Weltmacht darzustellen, hängen daher stark von der Kontrolle über die Halbinsel Krim und speziell den Hafen von Sewastopol im Schwarzen Meer ab. Dies ist der Hintergrund von Russlands Annektion der Krim im Jahr 2014, nach dem Maidan-Putsch in der Ukraine. Eine neue geostrategische Dynamik entwickelt sich darüber hinaus in der Nordpolarregion. Das Auftauen des arktischen Eises infolge der Klimaerwärmung ermöglicht Russland die Erschließung neuer, erheblicher Rohstoffvorkommen in dieser Region. Zugleich wird hierdurch aber auch potentiell die 24.000 Kilometer lange russische Küstenlinie zur Arktis freigelegt.³⁹

34 www.globalfirepower.com/countries-listing.php

35 www.focus.de/politik/videos/serie-welchesland-hat-wie-viel-feuerkraft-1-usa-gegen-russland-die-beiden-maechtigsten-armeen-im-direkt-vergleich_id_4120283.html

36 Eugen Varga, „Studien über Grundzüge der Entwicklung imperialistischer Hauptländer“, aus: Varga, *Ausgewählte Schriften* 2, Pahl-Rugenstein 1982, S. 243

37 Ebd.

38 Vgl. Benjamin Reuter, „Kriegsforscher O’Brien: ‚Natürlich kann die Ukraine diesen Krieg gewinnen‘“, [https://](https://handelsblatt.com/cmsid/28244378.html)

handelsblatt.com/cmsid/28244378.html
39 Rodger Baker, „Russia’s Emerging Arctic Maritime Frontier“, <https://worldview.stratfor.com/article/russias-emerging->

Hierdurch entstehen für Russland neue Seerouten, aber eben auch eine riesige Angriffsfläche für verfeindete Mächte. Tatsächlich zeichnet sich bereits jetzt ab, dass das Auftauen der Arktis den imperialistischen Kampf um Eurasien erheblich verändern könnte. Der Kampf um die Kontrolle über die Region ist jedenfalls bereits in vollem Gange.

6. Russland verfügt nach wie vor über eine **geostrategische Einflussosphäre**, die sich auf die ehemaligen Kolonien des Zarenreichs bzw. der imperialistischen Sowjetunion in Osteuropa und Zentralasien erstreckt. Diese Einflussosphäre versucht Russland durch wirtschaftliche, politische und militärische Bündnisse wie die **Eurasische Wirtschaftsunion** und die **Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS)** zu festigen, wobei Belarus und die zentralasiatischen Staaten (Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan) sowie Armenien im Zentrum stehen. Hinzu kommt die strategische Bündnispolitik des Landes in weiteren Teilen Eurasiens und der Welt, vor allem mit dem Iran und Syrien sowie mit Nordkorea, Kuba, Nicaragua und Venezuela. Durch sein Eingreifen in den Syrien-Krieg an der Seite des Assad-Regimes konnte Russland seinen Einflussbereich in Westasien ausdehnen und sich mit dem Marinestützpunkt in Tartus einen militärischen Zugang zum Mittelmeer sichern. Aktuell ist russisches Militär neben der Ukraine in Abchasien und Südossetien (Georgien), Armenien, Kirgisistan, Transnistrien (Moldau), Tadschikistan, Belarus und Syrien präsent. Darüber hinaus ist die offiziell nicht-staatliche russische Söldnerarmee „Wagner“ in zahlreichen Ländern aktiv und

verrichtet dort die Schmutzarbeit für Russland, so u.a. in Mali.⁴⁰

7. Russland verfügt über einen starken und **politisch ausgereiften Staatsapparat** und insbesondere einen **erfahrenen Geheimdienstapparat**. Insbesondere hat der russische Staat in Anbetracht seiner relativen Schwäche im Vergleich mit anderen Imperialisten eine erhebliche Kompetenz in der hybriden und asymmetrischen Kriegsführung aufgebaut und in den vergangenen zwei Jahrzehnten immer wieder zum Einsatz gebracht, was insbesondere bei der Annektion der Krim und der Abspaltung der Donbass-Republiken von der Ukraine im Jahr 2014 zum Ausdruck gekommen ist. Zudem hat Russland mit Strategien der Desinformation und Subversion eine wichtige Rolle beim Aufbau neurechter oppositioneller Parteien in zahlreichen europäischen Ländern sowie beim Rechtsruck der Republikanischen Partei in den USA gespielt.⁴¹ Nicht zuletzt spielt Russland eine führende Rolle in der Cyberkriegsführung.

8. Die oben aufgeführten Schwächen und Stärken begründen den charakteristischen **Widerspruch des russischen Imperialismus**, einerseits **permanent mit dem Rücken zur Wand zu stehen** und letztlich von der Aufteilung durch konkurrierende Staaten (vor allem die USA und China) bedroht zu sein – und andererseits durchaus in der Lage zu sein, eine **eigene Geostrategie** zu verfolgen.

Diese zielt zuallererst darauf ab, die Ergebnisse der Entwicklung von 1989 – 1992 zu revidieren und das Territorium der früheren Sowjetunion sowie deren Einflussgebiete wieder klar unter russische Kontrolle zu bringen. Putin wird deshalb nicht müde, das Ende der Sowjetunion als „geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ zu bezeichnen. Doch die russische Geostrategie bleibt hierbei nicht stehen und ist letztlich darauf ausgerichtet, zur Führungsmacht in ganz Eurasien zu werden. Letztere Ambition hat Russland selbst am Tiefpunkt seiner **Krisen- und Umwandlungsphase** Mitte der 1990er Jahre nicht aufgegeben. 1997, also noch einige Jahre vor dem Übergang der Jelzin- zur Putin-Regierung, veröffentlichte der russische Politologe und faschistische Vordenker **Alexander Dugin**⁴² sein Werk „**Grundlagen der Geopolitik**“⁴³, in denen er seine Vision von Russland als der dominierenden Macht in Eurasien entwickelte, und das von der Akademie des Generalstabs der russischen Armee seit vielen Jahren als Lehrbuch verwendet wird.⁴⁴ Das Buch kann als die russische Antwort auf das „Große Schachbrett“⁴⁵ des US-Geostrategen Zbigniew Brzezinski angesehen werden. Dugin entwirft darin ein von Russland geführtes „**Eurasisches Reich**“ als Gegenentwurf zur Hegemonialreich der USA. Der Kampf zwischen Russland und den USA sei der Ausdruck

42 Ein Eindruck der postmodernen, neurechten Ideologie Dugins lässt sich aus folgendem Interview gewinnen: „Aleksandr Dugin: ‚We have our special Russian truth‘“, BBC Newsnight, <https://youtu.be/GGunRKWtWBs>

43 Vgl. Dugin, „Foundations of Geopolitics“

44 Vgl. Chace A. Nelson, „Putin’s Playbook: #Reviewing Dugin’s Foundations of Geopolitics“, <https://thestrategybridge.org/the-bridge/2020/5/28/putins-playbook-reviewing-dugins-foundations-of-geopolitics>

45 Zbigniew Brzezinski, „The Grand Chessboard“

des Kampfes der Landmächte („Tellurokratien“) gegen die Seemächte („Thalassokratien“), der in der Vorstellung des Autors schon immer die Grundlage jeder Weltordnung gebildet habe. Das Wiedererstarken Russlands müsse mit einem Zurückdrängen der „liberalistischen“ Ideologie einhergehen, wie sie für eine Seemacht wie die USA typisch sei, und das traditionalistische Wertemodell, das sich auf die Familie, die Nation und die (christlich-orthodoxe) Religion stütze, wieder zur Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung machen. Konkret soll Russland auf dem Weg zur Herstellung des „Eurasischen Reiches“ nach Dugins Vorstellungen nur begrenzt auf offene Kriege setzen. Die Mittel zur Erweiterung des russischen Einflussgebietes seien vielmehr eine geschickte **Bündnispolitik**, die **Spaltung des (US-geführten) feindlichen Lagers**, das **Schüren von ethnischen Konflikten**, **begrenzte Annektionen** sowie **Subversion** und **Desinformation**. Zahlreiche strategische Elemente sowie Erfolge der späteren russischen Außen- und Subversionspolitik sind bei Dugin bereits vorgezeichnet, so etwa die Aufspaltung Georgiens und fakti-

sche Angliederung von Abchasien und Südossetien an Russland (realisiert im Georgien-Krieg von 2008); die Herstellung eines strategischen Bündnisses mit dem Iran; die Bindung Deutschlands und zahlreicher osteuropäischer Staaten an russische Rohstoffexporte; die Vertiefung der Widersprüche zwischen dem Vereinigten Königreich und Kontinentaleuropa sowie zwischen der Türkei und der NATO, sowie das Schüren ethnischer und sozialer Konflikte in den USA. Man kann sagen, die russische Geostrategie, wie sie von Dugin ideologisch formuliert worden ist, setzt gezielt auf die Stärken des russischen Imperialismus (Rohstoffmacht, militärisches Drohpotential, hybride Kriegsführung, ideologische Einflussnahme) und versucht die Verwundbarkeit Russlands entlang seiner strukturellen Schwächen gering zu halten.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Russland ein gutes Beispiel dafür ist, dass die korrekte Einschätzung der Machtstellung eines Staates im imperialistischen Weltsystem **nicht anhand von Einzelaspekten**⁴⁶ vorgenommen

⁴⁶ Ein Beispiel für diese methodische Herangehensweise ist der oben zitierte

werden kann. Stattdessen muss die **Gesamtheit der relevanten Faktoren** analysiert und im Zusammenhang betrachtet werden. Es reicht z.B. nicht aus, anhand von Statistiken festzustellen, dass Russlands Volkswirtschaft schwächer und weniger produktiv ist als die anderer imperialistischer Länder, dass Russland über weniger große Konzerne verfügt als Deutschland, Frankreich und Indien und dass es keine Rolle in der High-Tech-Industrie spielt, ohne gleichzeitig in Rechnung zu stellen, dass es einen wichtigen Teil der Rohstoffversorgung des Weltkapitalismus kontrolliert. Es reicht auch nicht aus, festzustellen, dass Russland an seiner Westgrenze von NATO-Mitgliedsstaaten umzingelt ist, ohne gleichzeitig in Rechnung zu stellen, dass es eine Reihe von wichtigen geostrategischen Etappenzielen mit hybriden bzw. begrenzten militärischen Mitteln erreichen konnte.

Durch seine gegebene militärische Stärke, die Effizienz seiner Geheimdienste und die Kombination von militärischen und hybriden Taktiken der Kriegsführung hat der russische Staat sein Finanzkapital in den vergangenen Jahren im internationalen Konkurrenzkampf ohne Zweifel voranbringen können. Umgekehrt haben wir jedoch gesehen, dass die wirtschaftliche Schwäche Russlands sein militärisches Potential begrenzt – was wiederum dazu geführt hat, dass Russland in den letzten Jahrzehnten gerade nicht vorrangig auf seine Militärmacht gesetzt hat, um sein Hegemonialgebiet zu erweitern. Jetzt aber, da der Konflikt an seiner Westgrenze so weit fortgeschritten ist, dass Russland auf den Einsatz seines Militärs angewiesen ist, machen sich seine Schwächen geltend.



Russischer rechter Geostratege: Alexander Dugin

DIE GEOSTRATEGIEN DER ANDEREN IMPERIALISTEN IN EURASIEN UND GEGENÜBER RUSSLAND

Wir haben in früheren Artikeln dargestellt, warum der Schlüssel für die imperialistische Welthege- monie in der **Kontrolle über den Superkontinent Eurasien** liegt, der das größte zusammenhängende Landmassiv der Erde und als „Weltinsel“ die zentrale geostrategische Achse bildet.⁴⁷ Das bedeutet, alle imperialistischen Mächte müssen danach streben, Eurasien entweder direkt zu beherrschen oder dafür zu sorgen, dass dort kein konkurrierendes Weltreich entsteht. Russland allein nimmt über 30 Prozent der Fläche Eurasiens ein und der direkte russische Interessenbereich, der in etwa dem Territorium der früheren Sowjetunion entspricht, gut 40 Prozent. Das bedeutet, dass Russland in der Geostrategie jedes konkurrierenden imperialistischen Staates zwangsläufig eine zentrale Rolle spielen muss.

Aus der Sicht der bisherigen imperialistischen Welthege- monialmacht **USA**, deren Territorium außerhalb Eurasiens liegt, ist der Fall klar: Alle konkurrierenden Mächte in Eurasien dürfen erstens nicht über einen bestimmten Punkt hinaus wachsen und zweitens darf in Eurasien kein Bündnis zwischen ihnen entstehen, das die Hegemonie der USA infrage stellen könnte. Deshalb zielt die Geostrategie der USA in Eurasien vor allem darauf ab, Deutschland, Russland und China in Schach zu halten und gegeneinander auszuspielen. Aus diesem Grund konzentrieren sich die USA auf die **Eindämmung Chinas in der Pazifikregion**, insbesondere durch die Unter-

stützung Taiwans und eine enge Bündnispolitik mit Japan, Südkorea und Australien. In Europa unterhalten die USA aus demselben Grund **Militärstützpunkte** unter anderem in **Deutschland** und **Italien** und pflegen eine enge politische und militärische **Zusammenarbeit mit mittleren kapitalistischen Ländern an der deutschen Nord- und Ostgrenze** (Dänemark, Polen) – womit sie in die historischen Fußstapfen des Vereinigten Königreichs getreten sind. Gegenüber Russland haben sie die **Ausdehnung der NATO bis weit in die frühere sowjetische Einflussphäre** (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien) und sogar früheres sowjetisches Territorium (Estland, Lettland, Litauen) vorangetrieben. Sie betreiben seit Jahren einen erheblichen Aufwand zur Entziehung der Ukraine aus dem russischen Einflussbereich und ihrer **Umwandlung in einen antirussischen Vorposten**. Dieser darf aus US-Sicht jedoch nicht an Deutschland fallen. Auch die US-Präsenz auf dem Balkan (vor allem in Albanien und Kosovo) zielt auf die Beschränkung Russlands und Deutschlands zugleich. Russland, die USA und China konkurrieren zudem um den Einfluss auf die **Staaten Zentralasiens** (Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan, Kirgistan, Tadschikistan), die aus US-Sicht essentiell für das Vorhaben sind, Russland endgültig zu einer Regionalmacht zurückzustufen und Chinas Expansion nach Westen zu blockieren. Das logische Endziel der US-amerikanischen Russlandstrategie besteht in einer **territorialen Zerschlagung Russlands** sowie dessen **atomarer Entwaffnung**. Hierdurch würde ein wichtiger imperialistischer Konkurrent beseitigt. Die USA könnten sich die Kontrolle über einen Teil der rus-

sischen Rohstoffquellen sichern und durch eine geschickte Politik in den entstehenden Teilstaaten die Konflikte zwischen den eurasischen Ländern weiter schüren. Das Wichtigste ist jedoch, dass sich die USA voll darauf konzentrieren könnten, China in Schach zu halten, ohne dabei mehr mit den russischen Atomwaffen rechnen zu müssen.

Aus der Sicht **Chinas** ergibt sich deshalb eine Zwiespältigkeit im Verhältnis zu Russland. Zuerst ist Russland für China kein natürlicher Freund oder Blockpartner, sondern ein imperialistischer Konkurrent in der unmittelbaren Nachbarschaft und damit ein Hindernis auf dem Weg zur chinesischen Welthege- monie. Ebenso wie die Zerschlagung Chinas zu den Endzielen der russischen Eurasienstrategie gehört (siehe Dugin), hat auch China kein langfristiges Interesse daran, dass Russland in seiner jetzigen territorialen Form und militärischen Stärke erhalten bleibt. Der Einfluss über das russische Gebiet oder essentielle Teile davon darf dabei aus chinesischer Sicht **aber auf keinen Fall an die USA oder die europäischen Imperialisten** fallen. China ist deshalb aktuell vor allem daran interessiert, sich **ein geschwächtes Russland unterzuordnen**⁴⁸ und es dazu zu zwingen, die chinesische Expansion nach Westen zu dulden. China benötigt für seine Expansion den Zugriff auf russische Rohstoffe (wie z.B. Kohle) und Russlands

47 Vgl. „Der deutsche Imperialismus in Europa“, Kommunismus 16, S. 10 f.

48 „Offiziell hat China Russland weder 2008 unterstützt noch 2014 oder heute. Jede dieser Krisen entfremdete Russland weiter vom Westen und trieb seine Politik der ‚Wendung nach Osten‘ voran. Und jedes Mal nahm die Abhängigkeit Moskaus von Peking weiter zu. Im Warenhandel etwa beträgt Russlands Anteil an Chinas Handel 2,4 Prozent, während Chinas Anteil am russischen Handel 17,8 Prozent erreicht.“, Temur Umarow, „Freundschaft unter Vorbehalt“, Internationale Politik Mai / Juni 2022, S. 40

Waffenarsenal darf sich nicht gegen China richten. Das sind die Grundlagen für die derzeit bestehenden russisch-chinesischen Bündnisbeziehungen, die jedoch über die imperialistische Konkurrenz zwischen beiden Staaten nicht hinwegtäuschen dürfen. Ein einflussreicher früherer Berater der russischen Regierung hat dieses Konkurrenzverhältnis in einem Interview kürzlich prägnant zusammengefasst: „*Ich bin über die überragende ökonomische Vorherrschaft Chinas in den nächsten zehn Jahren sehr besorgt. Leute wie ich haben immer präzise gesagt, dass wir das Ukraine-Problem lösen müssen, dass wir das NATO-Problem lösen müssen, damit wir [Russland] in einer starken Position gegenüber China sind. Jetzt wird es viel schwieriger für Russland werden, der chinesischen Macht etwas entgegenzusetzen.*“⁴⁹ Tatsächlich ist es aus chinesischer Sicht von Vorteil, wenn sich Russland jetzt in einen Konflikt mit den westlichen Imperialisten verstrickt und damit auch Kräfte der USA bindet, die diesen dann nicht mehr im Indopazifik zur Verfügung stehen. Der Ukraine-Krieg könnte Chinas Aufstieg also weiter befördern. Er birgt jedoch auch einige Risiken: Eine totale Niederlage Russlands zugunsten einer Machterweiterung der USA in Europa würde China nämlich ebenso schaden wie eine zu frühe eigene Verwicklung in einen Krieg mit den USA.

Deutschland wiederum hat seinen Aufstieg in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere nach der Annektion der DDR auf ein bemerkenswertes doppeltes Spiel gegenüber seinen Konkurrenten gegründet. Dieses basiert grob gesprochen auf dem

Prinzip, die größten Konkurrenten – nämlich Frankreich und die USA – auch am engsten zu umarmen. Die Westanbindung in Form der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der EU und die NATO-Mitgliedschaft sind aus deutscher Sicht unerlässlich gewesen, damit die USA, das Vereinigte Königreich und Frankreich Deutschlands wachsende ökonomische und politische Stärke tolerieren. So ist Deutschland durch die wirtschaftliche und politische Durchdringung anderer Länder zur **klaren Führungsmacht in der EU** geworden und hat sich **Frankreich untergeordnet**. Die geostrategischen Fernziele Deutschlands bestehen jedoch letztlich in der **Revision der Nachkriegsordnung von 1945** und liegen vor allem im Osten, nämlich jenseits der Oder-Neisse-Linie ausgehend von Polen und Tschechien **entlang der historischen Seidenstraße bis nach Asien**. Will Deutschland wieder ernsthaft danach streben, eine Weltmacht zu werden, muss es sich die Kontrolle über wesentliche Teile Osteuropas und des Balkans verschaffen, so wie es das in den ersten beiden Weltkriegen versucht hat. Die USA geben durch ihre Politik in diesen Regionen jedoch klar zu verstehen, dass sie eine solche deutsche Vorherrschaft mit allen Mitteln verhindern werden. Dasselbe gilt für das Vereinigte Königreich, das Deutschlands Vormachtstreben in Osteuropa ebenfalls blockieren will. Das bedeutet, dass Deutschland sein Expansionspotential als imperialistische Macht, das auf Grundlage der Westanbindung möglich ist, bis heute weitgehend ausgereizt hat. Damit kann es sich jedoch nicht zufrieden geben. Der einzige realistische Weg für Deutschland, die Blockade im Osten durch die USA zu durchbrechen wäre durch

ein **Bündnis mit der Rohstoff- und Militärmacht Russland**, das wiederum von Frankreich geduldet werden müsste. Für Russland, das wirtschaftlich die genannten strukturellen Schwächen aufweist und militärisch im Westen von der NATO bedrängt wird, wäre ein solches Übereinkommen mit Deutschland nicht weniger als ein entscheidender Befreiungsschlag: Beide Länder würden Osteuropa und den Balkan unter sich aufteilen und Deutschland könnte Russland mit High-Tech-Produkten im Gegenzug für Rohstoffe versorgen. Tatsächlich ist ein solches deutsch-russisches Bündnis seit Jahrzehnten das erklärte Ziel der russischen Geostrategie und wurde nicht nur von Alexander Dugin in seinem Buch dargelegt⁵⁰, sondern auch von Wladimir Putin in seiner Bundestagsrede im Jahr 2002 als Vision skizziert.⁵¹ Und tatsächlich haben die deutschen Regierungen der letzten Jahrzehnte parteiübergreifend eine solche Zusammenarbeit mit Russland vorsichtig in die Wege geleitet, nämlich vor allem über den Austausch von russischen Rohstoffen gegen deutsche Industrieprodukte. Dabei haben sie sorgsam darauf geachtet, die „Wertepartnerschaft“ mit den USA zu beschwören, Russland auf der politischen Ebene zu kritisieren und vor allem: Die Zusammenarbeit in der NATO fortzuführen, damit die USA die deutsch-russische Verständigung nicht zu offensiv torpedieren und ihre Eindämmungspolitik gegenüber Deutschland nicht verstärken. Dass die deutsch-amerikanische „Freundschaft“ und „Wertepartnerschaft“ nichts weiter als ein schlechtes politisches Schauspiel ist, hinter dem sich in Wahrheit ein **machtpolitischer**

49 2022, www.newstatesman.com/world/europe/ukraine/2022/04/russia-cannot-afford-to-lose-so-we-need-a-kind-of-a-victory-sergey-karaganov-on-what-putin-wants

50 Vgl. Dugin, „Foundations of Geopolitics“

51 Vgl. www.bundestag.de/parlament/gegeschichte/gastredner/putin/putin_wort-244966

Drahtseilakt verbirgt, hat unter anderem das jahrelange politische Tauziehen um die deutsch-russischen Erdgaspipelines „Nord Stream 1“ und „Nord Stream 2“ gezeigt, mit denen russisches Gas unter Umgehung der amerikanischen Einflussgebiete (Ukraine und Polen) nach Deutschland transportiert wird bzw. werden sollte. Vor diesem Hintergrund bedeutet der Ukraine-Krieg für Deutschlands Weltmachtstreben einen empfindlichen Schlag, nämlich vor allem deshalb, weil es jetzt gezwungen ist, sein doppeltes Spiel gegenüber Russland und den USA – die Westanbindung beschwören, während es das Bündnis mit Russland vorbereitet – für unbestimmte Zeit aufzugeben und sich damit **den USA als Juniorpartner unterzuordnen**. Der einzige Weg aus dieser Sackgasse kann jetzt nur darin liegen, **selbst durch entschiedene Aufrüstung zu einer militärischen Großmacht** zu werden. Die Vor-

aussetzungen dafür – nach Eugen Varga die ökonomische Stärke und die Festigkeit des Gesellschafts-systems – weist Deutschland klar auf. Und der neue SPD-Bundeskanzler Scholz hat die Entscheidung zur Aufrüstung wenige Tage nach dem russischen Angriff auf die Gesamt-Ukraine feierlich verkündet.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Geostrategie der USA im wesentlichen darauf ausgerichtet ist, die aus dem Zweiten Weltkrieg und dem Zerfall der Sowjetunion entstandene Weltordnung, bei der sie selbst an der Spitze stehen, aufrechtzuerhalten und im eigenen Interesse weiterzuentwickeln: Nämlich durch das Eindämmen Chinas und Deutschlands und die Neutralisierung Russlands, am besten durch dessen Entwaffnung und territoriale Zerschlagung. Deutschland, China und Russland wiederum streben an, diese US-dominierte Weltordnung zu kippen und selbst

zur Hegemonialmacht werden. Deutschland will seine seit 1945 blockierten Expansionspläne nach Osten wieder aufnehmen. Russland will die Entwicklung von 1989 bis 1992 revidieren und auf dieser Grundlage eurasische Führungsmacht werden. Und China will nicht weniger als eine völlig neue Weltordnung errichten, die 500-jährige Dominanz der europäisch-amerikanischen Mächte über Eurasien über den Haufen werfen und selbst Welthege-monialmacht werden. Getrieben werden alle diese imperialistischen Staaten dabei vom Hunger ihrer Weltmonopole nach Maximalprofiten, den sie im internationalen Konkurrenzkampf bei Strafe ihres eigenen Untergangs erzielen müssen. Und einer der neuralgischen Punkte auf der Weltkarte, an dem diese gegensätzlichen geostrategischen Ziele der imperialistischen Mächte aufeinandertreffen, ist die Ukraine.



Klassen-

Kampfe

statt

...

BULLS-

Friede daheim!

**offensive
gegen
Aufrüstung**



3. Der Ukraine-Krieg als Vorspiel des Dritten Weltkriegs

DIE UKRAINE UND IHRE GEOSTRATEGISCHE BEDEUTUNG

Die Vorgeschichte des Ukraine-Kriegs lässt sich wahlweise bis 2014, 1991 oder sogar bis ins Mittelalter zurückverfolgen. Das Land an der nördlichen Schwarzmeerküste, das heute 40 Millionen Einwohner:innen zählt und nach Frankreich die größte Fläche Europas besitzt, war in der Geschichte immer wieder zwischen rivalisierenden Großreichen in seiner Nachbarschaft umkämpft. So gehörten Teile des heutigen Territoriums der Ukraine zwischenzeitlich unter anderem zum Römischen Reich, dem Byzantinischen Reich, dem mongolischen „Khanat der Goldenen Horde“, zu Polen-Litauen, dem Osmanischen Reich, dem Russischen Reich und Österreich-Ungarn. Das mittelalterliche Kiewer Reich, das bis zum Mongolensturm im 13. Jahrhundert existierte, erstreckte sich auf Teile Russlands, der Ukraine und von Belarus und gilt aus Sicht des großrussischen Chauvinismus ne-

ben der gemeinsamen christlich-orthodoxen Religion seit jeher als Legitimationsgrundlage eines angeblichen russischen Herrschaftsanspruchs auf Belarus und die Ukraine.¹

Die Ukraine hat jedoch eine **mehrhundertjährige eigene Geschichte**² aufzuweisen und war während langer Zeiträume dieser Geschichte aufgeteilt. Dies betrifft in der jüngeren Geschichte insbesondere die Westukraine (Ostgalizien und Nord-Bukowina) mit der Stadt Lwiw / Lemberg, die bis zum Ersten Weltkrieg zu Österreich-Ungarn und zwischen den Weltkriegen in Teilen zu Polen, Rumänien und der Tsche-

choslowakei gehörte. Die Region bildete in den 1920er Jahren das Zentrum des ukrainischen bürgerlichen Nationalismus und später der berüchtigten „Organisation ukrainischer Nationalisten“ (OUN) von Stepan Bandera, die im Zweiten Weltkrieg mit den Nazi-Invasoren gegen die Sowjetunion kollaborierte und unter anderem Freiwillige für die Division „Galizien“ der Waffen-SS stellte. Lwiw war 1991 das Zentrum der Bewegung für den Austritt der Ukraine aus der Sowjetunion und ist heute eine Art „Hauptstadt“ des ukrainischen Faschismus. Die Ost-Ukraine war dagegen schon immer stark russisch geprägt.

Bei der letzten großen Volkszählung im Jahr 2001 lebte im gesamten Land eine Bevölkerungsmehrheit von Ukrainer:innen (78 %), gefolgt von einer großen russischen Minderheit (17 %) sowie kleinen regionalen Minderheiten unter anderem von Rumän:innen und Moldauer:innen, Belaruss:innen, Krimtatar:innen, Bulgar:innen, Ungar:innen, Pol:innen, Jüd:innen und Armenier:innen (alle unter 1 %).³ Die meistgesprochenen Spra-

1 Diese Argumentation hat auch Wladimir Putin in seiner Rede vom 21. Februar, wenige Tage vor dem Angriff auf die Gesamt-Ukraine verwendet: „Since time immoral, the people living in the south-west of what has historically been Russian land have called themselves Russians and Orthodox Christians. This was the case before the 17th century, when a portion of this territory rejoined the Russian state, and after.“, Address by the President of the Russian Federation, 21. Februar 2022, The Kremlin, Moscow, <http://en.kremlin.ru/events/president/news/67828>

2 Vgl. „Ukraine, Russland & die Nationale Frage“, <https://www.klassenbildung.net/ukraine-russland-die-nationale-frage/>

3 Vgl. <http://2001.ukrcensus.gov.ua/re->

chen des Landes sind Ukrainisch und Russisch, wobei die Verteilung der Muttersprachen regional sehr unterschiedlich ist. 2011 wurde in einer Umfrage ermittelt, dass knapp 43 % der Bevölkerung zu Hause Ukrainisch spricht und knapp 39 % Russisch. In der Westukraine liegt der ukrainische Muttersprachleranteil bei über 90 %, während in den östlichen Oblasten Donezk und Luhansk etwa 70 % der Bevölkerung Russisch als Muttersprache sprechen.⁴ Einzige Amtssprache der Ukraine ist seit 1991 jedoch das Ukrainische.

Dies sind die historischen und demographischen Fakten, welche die Grundlage für den nationalen Konflikt in der Ukraine und die Positionen des **ukrainischen** sowie des **großrussischen Chauvinismus** bilden. Während die nationalistisch-chauvinistischen Regierungen der Ukraine seit dem Maidan-Putsch 2014 die Unterdrückung der russischen Bevölkerungsteile und der russischen Sprache verstärkt haben⁵, hat der russische Präsident Wladimir Putin die Ukraine im Februar 2022 überhaupt zu einem Kunstgeschöpf erklärt, welches die Bolschewiki um Lenin und Stalin aus opportunistischen Motiven heraus geschaffen hätten.⁶

Letztere haben jedoch während der Zeit der Oktoberrevolution und des darauffolgenden revolutionären Krieges klar den Charakter der **Ukrainer:innen als eigene Nation** betont und ihnen gegenüber eine Politik nach dem Grundsatz des **Selbstbestimmungsrechts der Nationen** verfolgt. Stalin etwa erklärte 1921 beim V. Kongress der KP Russlands zu dieser Frage: „(...) noch vor kurzem

wurde behauptet, die ukrainische Republik und die ukrainische Nation seien eine Erfindung der Deutschen. Indessen ist klar, daß die ukrainische Nation existiert, und es ist die Pflicht der Kommunisten, deren Kultur zu entwickeln. Man kann nicht gegen die Geschichte anrennen. Es ist klar: Wenn auch in den Städten der Ukraine bis jetzt noch die russischen Elemente überwiegen, so werden doch diese Städte im Laufe der Zeit unvermeidlich ukrainisiert werden.“⁷

Entgegen den ideologischen Beshwörungsformeln der ukrainischen Chauvinist:innen und ihrer großrussischen Konterparts besteht der **geostrategische Kern des Ukraine-Konflikts** keineswegs in Blutsbruderschaft oder christlicher Orthodoxie, sondern in nüchternen **geographischen Fakten**. Die Ukraine liegt größtenteils in der **osteuropäischen Ebene**, die sich im Nordwesten bis nach Polen und im Osten bis nach Russland erstreckt. Die einzigen natürlichen Begrenzungen des Landes bilden die Karpaten im Südwesten und das **Schwarze Meer** mit der Halbinsel **Krim** im Süden. Zusammen mit Estland, Lettland, Litauen und Belarus bildet die Ukraine einen Flachlandgürtel an der russischen Westflanke, der sich von der Ostsee bis hinunter zum Schwarzen Meer zieht, und ist damit ein Durchmarschgebiet zwischen Mitteleuropa, Russland, dem Kaukasus und dem Balkan. Deshalb ist sie aus der Sicht mitteleuropäischer Mächte essentiell für die Expansion nach Osten, und aus russischer Sicht sowohl ein Puffergebiet zur Verteidigung des eigenen Landes als auch die strategische Operationsbasis für die Kontrolle über Mittel- und Osteuropa. Für alle Mächte ist zudem die Kontrolle über den Zugang zum Schwarzen

Meer von große Wichtigkeit. Im Falle Russlands ist diese Kontrolle, und vor allem die Hoheit über die Krim, jedoch nicht weniger als die unabdingbare Voraussetzung für jegliche ökonomische Konkurrenzfähigkeit und geostrategische Handlungsfähigkeit. Das Asowsche Meer und die Straße von Kertsch östlich der Krim bilden nämlich die Verbindung zwischen dem Schwarzen Meer (und damit den Weltmeeren) und einem System aus Flüssen und Kanälen innerhalb Russlands (u.a. Don, Wolga), das sich bis zur Ostsee und zum Kaspischen Meer erstreckt und damit die ökonomische Lebensader Russlands bildet.⁸ Nicht zuletzt spielt der Agrarsektor der Ukraine eine wichtige Rolle in der imperialistischen Strategie verschiedener Staaten. Das Land ist weltweit einer der größten Produzenten von Weizen und Gerste.

Aus diesen Gründen bildet die Ukraine ein **geostrategisches Schlüsselland** sowohl für den russischen und den deutschen Imperialismus, die beide zur Führungsmacht in Eurasien werden wollen, als auch für den US-Imperialismus, der genau das verhindern will. Der amerikanische Geostrateg Zbigniew Brzezinski hat die Ukraine in seinem Werk „Das große Schachbrett“ daher als „pivot state“ für die USA ausgemacht und beschreibt präzise die Bedeutung eines russischen Einflussverlustes auf das Land: „*Allein schon die Existenz einer unabhängigen Ukraine hilft, Russland zu verändern. Ohne die Ukraine hört Russland auf, ein eurasisches Imperium zu sein. Es kann zwar immer noch imperialen Status beanspruchen, würde dann aber in Konflikte mit*

sults/general/nationality

4 Ebd.

5 Vgl. Kerstin Holm, „Das Russische abwürgen“, FAZ 18.01.22, www.faz.net/aktuell/1.7736397

6 Vgl. Address by the President of the Russian Federation, ebd.

7 Vgl. Stalin, Werke 5, S. 42

8 Vgl. „Black Sea Geopolitics and Russia's Control of Strategic Waterways: The Kerch Strait and the Sea of Azov“, <https://southfront.org/black-sea-geopolitics-and-russias-control-of-strategic-waterways-the-kerch-strait-and-the-sea-of-azov>

den zentralasiatischen Staaten verwickelt. Auch China würde sich erneuter russischer Dominanz in Zentralasien entgegenstellen. Wenn Russland aber die Kontrolle über die Ukraine zurückgewinnt, wäre es wieder eine imperiale Macht.“⁹

9 Zbigniew Brzezinski, „Das Große

Zum Gesamtbild über die Ukraine gehört schließlich, dass das Land in der imperialistischen Hierarchie zum untersten Teil, näm-

Schachbrett“, zitiert aus: www.deutschlandfunk.de/zbigniew-brzezinski-rueckblick-in-die-konflikte-der-zukunft-100.html

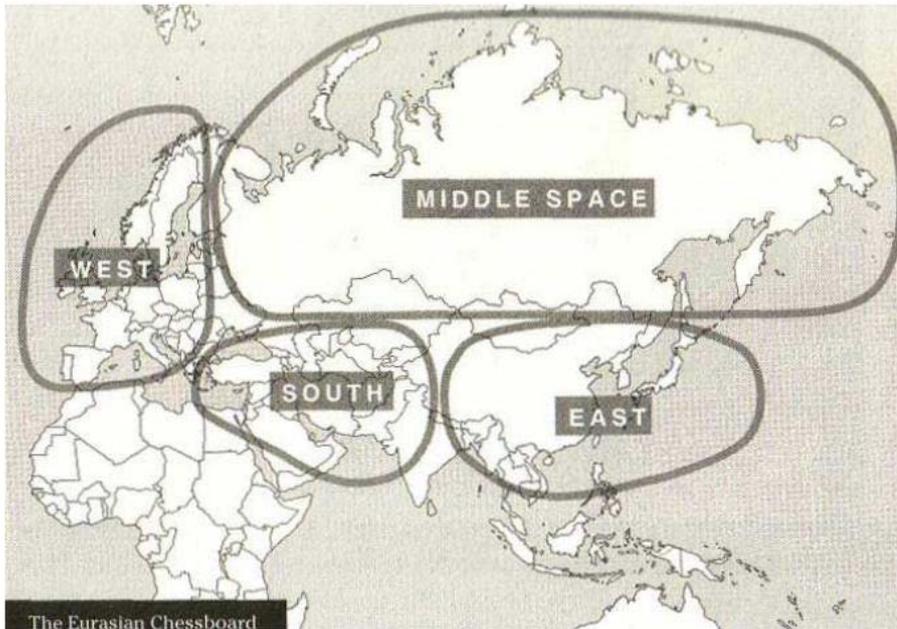
lich zu den **Neokolonien** gehört. Die Ukraine gehört mit einem BIP von 155 Milliarden US-Dollar (2020), was etwa einem Zehntel der russischen Wirtschaftskraft entspricht, zu den ärmsten Ländern Europas.¹⁰ Die Arbeitslosigkeit liegt nach offiziellen Zahlen bei 8,9 Prozent und wäre noch deutlich höher, wenn nicht Millionen Ukrainer:innen in den letzten Jahren zum Arbeiten ins Ausland migriert wären. Die Auflösung der Sowjetunion war nach Einschätzung des britischen Wirtschaftshistorikers Adam Tooze nicht weniger als ein „wirtschaftliches Desaster“ für die Ukraine. Das Bruttoinlandsprodukt pro Person in Kaufkraftparitäten hat sich zwischen 1990 und 1996 halbiert und hat bis heute nur 80 Prozent des Niveaus von 1990 erreichen können. Seit den Anfängen der Weltwirtschaftskrise 2007 befindet sich das Land in ökonomischer Stagnation, was ein gewaltiger Unterschied zum russischen Nachbarn ist.¹¹ Die wesentlichen Exportgüter der Ukraine sind Agrarprodukte, Rohstoffe und einfache industrielle Vorprodukte, darunter Mais, Sonnenblumenöl, Weizen, Eisenerz-Pellets, Eisenkonzentrate und Kabel.¹²

Der ökonomische Status der Ukraine als Neokolonie bedeutet auch, dass das Land **keinerlei eigene Voraussetzungen** mitbringt, um eine militärische Macht darzustellen. Seine militärische Stärke basiert einzig und allein auf den Rüstungslieferungen und Finanzhilfen der westlichen imperialistischen Länder.

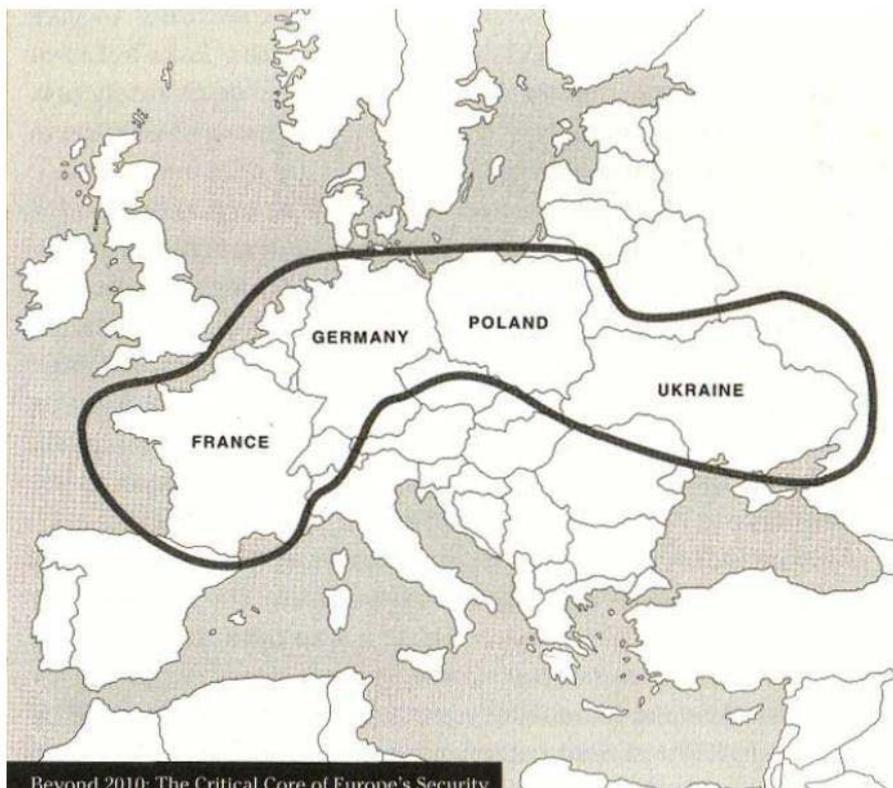
10 Zahlen nach: www.capital.de/wirtschaftspolitik/acht-fakten-zur-wirtschaft-der-ukraine-_31731168-31731510.html

11 Vgl. Adam Tooze, „Chartbook #68 Putin’s Challenge to Western hegemony – the 2022 edition“, <https://adamtooze.substack.com/p/chartbook-68-putins-challenge-to>

12 <https://ukraine.ua/de/investieren/trade-with-ukraine>



Die Bedeutung Eurasiens bei Brezinski



Brezinski: Die Ukraine im „kritischen Kern“ für „Europas Sicherheit“

DER IMPERIALISTISCHE KAMPF UM DIE UKRAINE IM 21. JAHRHUNDERT

Vor dem beschriebenen geostrategischen Hintergrund hat der US-Imperialismus seit der Zerschlagung der Sowjetunion enorme Anstrengungen unternommen, um die Ukraine endgültig aus dem russischen Einflussbereich zu lösen. Deutschland, das die Ukraine dringend für die eigenen Expansionspläne benötigt, hat mit den USA in dieser Frage zusammengearbeitet, dabei aber immer versucht, seinen eigenen Einfluss in dem Land gegenüber den USA zu verstärken. Es handelt sich also um eine taktische Zusammenarbeit beider Staaten, die sich nur darin einig sind, dass sie Russlands Machtposition in der Ukraine zurückdrängen wollen, langfristig aber gegensätzliche Pläne mit dem Land verfolgen. Heute macht sich dieser Interessengegensatz z.B. darin bemerkbar, dass es in der ukrainischen politischen Elite Vertreter:innen gibt, die als Interessenvertreter:innen der USA agieren, wie z.B. der derzeitige Präsident Wolodymyr Selenskij, und andere, die zum Lager Deutschlands gehören, wie z.B. der von der Konrad-Adenauer-Stiftung aufgebaute Kiewer Bürgermeister Vitali Klitschko. Hinter ihnen stehen wiederum verschiedene ukrainische Oligarchengruppen.

Es gab seit der Unabhängigkeit der Ukraine im Jahr 1991 eine ganze Reihe von Stationen in der verdeckten Kriegsführung der USA und Deutschlands gegenüber Russlands Machtposition in dem Land. Die wichtigsten davon sind die folgenden gewesen:

- Bei der „**orangenen Revolution**“ im Jahr **2004** hat eine von den westlichen imperialistischen Staaten unterstützte

Protestbewegung den Präsidentschaftskandidaten Wiktor Juschtschenko gegen seinen pro-russischen Widersacher Wiktor Janukowytsch ins Amt gedrückt. Zuvor hatte es ein unklares Wahlergebnis und gegenseitige Vorwürfe der Wahlfälschung gegeben. Nachdem Janukowytsch von der Wahlkommission zum Sieger erklärt wurde, rief Juschtschenko zu einem Generalstreik und Blockaden auf. Nach wochenlangen Protesten erklärte das Oberste Gericht das erste Wahlergebnis für ungültig. Juschtschenko gewann die darauf folgende Stichwahl. Der Vorgang zählt zu den sogenannten „bunten Revolutionen“¹³ : Schon 2003 hatte eine ähnliche vom Westen unterstützte Bewegung in Georgien den bisherigen Präsidenten Eduard Schewardnadse gestürzt und durch Mikhail Saakaschwili ersetzt. 2005 wurde in Kirgistan der Präsident Arkan Akajew auf ähnliche Weise gestürzt. In der Ukraine setzte sich Wiktor Juschtschenko in den Jahren seiner Präsidentschaft für die Annäherung des Landes an NATO und EU ein, mit dem Ziel, den beiden Bündnissen beizutreten. Zudem trieb er die „Ukrainisierung“ des Bildungswesens und das Zurückdrängen der russischen Sprache voran. 2010 verlor er dann die nächste Präsidentschaftswahl gegen Janukowytsch.

- Im Jahr **2008 räumte die NATO der Ukraine und Georgien eine Beitrittsperspektive** ein. Auf Betreiben der USA sollten beide Länder ursprüng-

lich sogar dem „NATO Membership Action Plan“ beitreten, der als der wichtigste Schritt im formalen Beitrittsprozess eines Landes zum Bündnis gilt. Deutschland und Frankreich schwächten das diesbezügliche Ergebnis des Gipfels als Zugeständnis an Russland jedoch ab, sodass es bei der schwammigeren „Beitrittsperspektive“ blieb. Im selben Jahr kam es zum **Georgien-Krieg** zwischen Georgien und Russland, nachdem das georgische Militär in die Separatisten-Provinz Süd-Ossetien einmarschiert war. Der Krieg führte zur De-facto-Abspaltung Süd-Ossetiens und Abchasiens von Georgien. In beiden Staaten ist bis heute russisches Militär stationiert.

- In der Ukraine wurde im **Februar 2014** beim **Maidan-Putsch** der zehn Jahre zuvor verhinderte und nun amtierende Präsident Wiktor Janukowytsch gestürzt. Dieser hatte es zuvor nach einigen Schwankungen und Druck aus Moskau abgelehnt, ein mit der EU ausgehandeltes Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen. Daraufhin kam es zu einer (größeren) Neuauflage der pro-westlichen Protestbewegung von 2004, in der faschistische Kräfte wie der „Rechte Sektor“ die Rolle des Vortrupps einnahmen. Janukowytsch wurde durch unverhohlene Gewaltandrohung zur Ausreise nach Russland gezwungen. Danach übernahm eine pro-westliche Übergangsregierung unter Arsenij Jazenjuk mit Beteiligung der faschistischen Swoboda-Partei die Führung und kündigte an, die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine schnellstmöglich voranzutreiben. Zudem stellte sie die **Aufkündigung des russisch-ukrainischen Flot-**

¹³ Vgl. Anthony H. Cordesman, „Russia and the ‚Color Revolution‘ – A Russian Military View of a World Destabilized by the US and the West“, Center for Strategic and International Studies, 28.05.2014, <https://www.csis.org/analysis/russia-and-%E2%80%9Ccolor-revolution%E2%80%9D>

tenvertrags in Aussicht, der die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte auf der Halbinsel Krim regelt.¹⁴ Russland reagierte daraufhin noch im Februar mit der **Besetzung** und im März mit der **Eingliederung der Krim** in die Russische Föderation. In der Ukraine setzten Ministerpräsident Jazenjuk und der im Mai zum neuen Präsidenten gewählte Rüstungsunternehmer Petro Poroschenko im Auftrag des Internationalen Währungsfonds rigide Sparprogramme und damit die schwerwiegendsten ökonomischen Angriffe auf die Arbeiter:innenklasse seit der Unabhängigkeit des Landes durch, etwa durch Massenentlassungen im Öffentlichen Dienst, den Abbau von Renten und Sozialleistungen sowie die Einführung neuer indirekter Steuern.¹⁵ Politisch wurden diese Angriffe durch „Dekommunisierungs“-Maßnahmen wie das Verbot kommunistischer Symbole ergänzt.¹⁶

14 Vgl. Jürgen Wagner, „Der NATO-Prolog des Ukraine-Krieges“, Informationsstelle Militarisation, <https://www.imi-online.de/2022/03/03/der-nato-prolog-des-ukraine-krieges/>

15 Vgl. „Ukrainisches Parlament billigt Sparpaket“, www.faz.net/aktuell/politik/drohender-staatsbankrott-ukrainisches-parlament-billigt-sparpaket-12868155.html

16 Vgl. <https://www.bundestag.de/webar->

Auf der Straße übernahmen die Faschist:innen den terroristischen Teil der antikommunistischen und arbeiterfeindlichen Politik der Putschistenregierung. Kräfte des „Rechten Sektors“ veröffentlichten unter anderem Videos von Lynchmorden an Antifaschist:innen und verübten am 2. Mai ein Massaker im Gewerkschaftshaus von Odessa.¹⁷ Zum „Dank“ wurden etliche **faschistische Kräfte** offiziell in den **Repressions- und Militärapparat der Ukraine** integriert. So gründete der „Rechte Sektor“ nach Beginn des Krieges in der Ostukraine das „Ukrainische Freiwilligenkorps“, während das 2014 zum Kampf gegen die Separatisten im Donbass gebildete „Regiment Asow“ als Spezialeinheit offiziell dem ukrainischen Innenministerium unterstellt wurde.

- Nach dem Maidan-Putsch kam es in den russischsprachigen Teilen der Ostukraine zu Massenprotesten und zur **Ausrufung von „Volksrepubliken“** in den Industrieregionen von Donezk und Luhansk, die sich für unabhängig von der Ukra-

chiv/presse/hib/2015_06/379016-379016

17 Vgl. Kommunistischer Aufbau, „Imperialistischer Kampf um die Ukraine“, 01.09.2014, <https://komaufbau.org/imperialistischer-kampf-um-die-ukraine/>

ine erklärten. Die ukrainische Regierung antwortete mit einem blutigen Kriegseinsatz der Armee, die unter anderem die Städte des Donbass belagerte und die etwa 4 Millionen Einwohner:innen zählende Bevölkerung der Volksrepubliken mit Bombenhageln überzog. Dabei wurde sie von den USA und anderen westlichen Imperialisten von Beginn an mit Militärberater:innen, Waffen und Milliardenbeträgen massiv unterstützt.¹⁸ Nachdem die politisch-militärische Führung der Volksrepubliken zumindest in ihrer Anfangszeit noch relativ eigenständig agierte und sich verschiedenen Berichten zufolge auf die eigene Bevölkerung stützte, ging sie im Verlauf des Krieges immer mehr auf pro-russische Kräfte über.¹⁹ Heute, da Russland offen im Donbass kämpft, haben die Volksrepubliken ihre zeitweise relativ eigenständige Rolle vollständig eingebüßt und sind ein Teil des Stellvertreterkrieges zwischen Russland und der NATO. Auf der Seite der – nach CNN-An-

18 Vgl. Jürgen Wagner, „Der NATO-Prolog des Ukraine-Krieges“, ebd.

19 Vgl. die Einschätzung eines früheren Aktivisten der revisionistischen „Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei“ zu den Volksrepubliken in Donezk und Lugansk, <https://youtu.be/jtMB-6c83H1o>

Fahne der Volksrepublik Donezk und Fahne der russischen Föderation auf zerstörtem Gebäude



gaben ca. 35.000 Soldat:innen zählenden²⁰ – bewaffneten Kräfte der Volksrepubliken kämpften wiederum viele russische Armeeinghörige ohne Uniform (CNN: ca. 3.000). Daneben gibt es zahlreiche Freiwillige aus verschiedenen Ländern, die sich zum Teil als Kommunist:innen verstehen und für die Donbass-Republiken in den Krieg gezogen sind. Gleichzeitig schlugen sich faschistische Kräfte aus anderen Ländern als Freiwillige entweder auf die eine oder die andere Seite.²¹

Der Ukraine-Krieg hat damit nach dem Maidan-Putsch im Jahr 2014 als lokaler Krieg in der ostukrainischen Donbass-Region begonnen. Es handelte sich dabei um einen konventionellen Krieg zwischen der ukrainischen Armee und faschistischen Spezialkräften auf der einen und den separatistischen Kräften der „Volksrepubliken“ mit russischen Armeeangehörigen sowie internationalen Unterstützer:innen auf der anderen Seite. Unter deutsch-französischer Vermittlung schlossen die Ukraine und Russland im Februar 2015 das **Minsker Abkommen**, das einen dauerhaften Waffenstillstand im Donbass herstellen sollte. Zusätzlich sollten alle schweren Waffen und ausländischen Kräfte aus der Region abziehen und die Regionen Donezk und Luhansk einen Autonomiestatus erhalten. Die Umsetzung des Minsker Abkommens scheiterte in den folgenden Jahren immer wieder daran, dass die ukraini-

sche Regierung die Autonomie des Donbass nicht umsetzte und beide Seiten zugleich versuchten, mit ihren Armeen Geländegewinne zu erzielen. Die USA ließen die Ukraine dabei gewähren. Bis zum Herbst 2021 wurden in dem Krieg nach Angaben deutscher Medien etwa 13.000 Menschen getötet.²²

DIE UNMITTELBARE VORGESCHICHTE DER FEBRUAR-ESKALATION

Nachdem der Ukraine-Krieg seit dem Minsker Abkommen jahrelang auf die Donbass-Region eingegrenzt sowie auf das Level andauernder Verletzungen eines Waffenstillstands beschränkt war, kam es ab dem Frühjahr 2021 wieder zu verstärkten Kämpfen. Diese waren von **intensiven militärischen Vorbereitungen** auf eine größere Eskalation des Krieges begleitet, die von beiden Seiten vorgenommen wurden. Die Eskalation hat dann mit dem russischen Angriff auf die Gesamt-Ukraine am 24. Februar begonnen.

Schon vor dem russischen Angriff und erst recht danach war die Berichterstattung der westlichen Medien weitestgehend auf die **Verlegung von ca. 100.000 russischen Truppen an die russisch-ukrainische Grenze** nahe der Donbass-Region (sowie später nach Belarus) und auf die diplomatische Zuspitzung der Lage ab dem Winter 2021 eingegangen. Dies ist jedoch Teil der einseitigen Kriegspropaganda, welche die Verantwortung für den Krieg allein der russischen Seite zuschieben will. Tatsächlich haben auch die Ukraine und die westlichen Imperialisten wichtige Schritte zur Eskalation des Krieges geleis-

tet, nämlich vor allem mit dem Beschluss der Ukraine, die von Russland annektierte Krim und die Donbass-Gebiete zurückzuerobern und der gleichzeitigen Intensivierung der ukrainischen Angriffe auf die Volksrepubliken. Am Ende lief die Frage tatsächlich darauf hinaus, welche Seite zuerst angreifen würde: Nämlich die Ukraine mit einem Angriff auf den Donbass und ggf. die Krim. Oder aber Russland durch ein eigenes Einmarschieren in den Donbass als „kleine Option“ – oder alternativ eine volle Invasion in die Gesamt-Ukraine. Letzteren Schritt hat Russland dann am 24. Februar 2022 unternommen.

Die folgenden Ereignisse sind eine **Auswahl wichtiger Entwicklungen** bei der unmittelbaren Vorbereitung dieser Eskalation:

- Seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs 2014 vergrößert die **NATO** ihr Einflussgebiet in Südosteuropa durch die **Aufnahme von Montenegro** (2017) und **Nordmazedonien** (2020) weiter. Zudem werden die NATO-Truppenkontingente in Osteuropa erweitert, so z.B. durch die 2016 beschlossene permanente Stationierung von vier Bataillonen (4.000 – 5.000 Soldat:innen). Die Manöver der NATO-Staaten werden ab 2014 verdoppelt.²³
- Im Jahr **2019 kündigen die USA den INF-Vertrag** mit Russland auf, der seit 1988 die Stationierung landgestützter Kurz- und Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5500 km verboten hat. Damit wird der Weg für die erneute Stationierung solcher Raketensysteme in Europa frei gemacht. Im **November 2021** folgt die **Reaktivierung des 56. Artilleriekomman-**

20 Vgl. Niko Vorobyov, „Ukraine crisis: Who are the Russia-backed separatists?“, <https://www.aljazeera.com/news/2022/2/4/ukraine-crisis-who-are-the-russia-backed-separatists>

21 Vgl. Robert D. Meyer, „Nazis ziehen in den Krieg“, Neues Deutschland, 01.03.22, www.nd-aktuell.de/amp/artikel/1161730.ukraine-krieg-nazis-ziehen-in-den-krieg.amp.html

22 „Ukraine und NATO-Staaten starten Manöver“, www.zdf.de/nachrichten/politik/ukraine-nato-militaermanoever-100.html

23

dos der US-Armee in Wiesbaden, dessen Aufgabe es ist, im Kriegsfall die Raketeneinsätze der US-Streitkräfte und ihrer Verbündeten zu koordinieren. Der Schritt hat eine hohe symbolische Bedeutung, weil dieses Kommando in den 1980er Jahren für die Pershing-Raketen in Europa zuständig war – also genau jenen Raketentyp, der durch den INF-Vertrag abgerüstet wurde. Russland kritisiert daraufhin, dass der Schritt ein „indirektes Zeichen“ dafür sei, dass die NATO die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen konkret plane. Zu den Waffensystemen, für die das Artilleriekommando in Zukunft zuständig sein soll, zählen auch **Hyperschallraketen**. Medienspekulationen, dass die Hyperschallraketen vom Typ „Dark Eagle“ in Wiesbaden stationiert werden sollen, lässt das Headquarter der US Army Europe and Africa dementieren.²⁴ Die „Informationsstelle Militarisierung“ hält es für plausibel, dass die USA die Stationierung der Raketensysteme weit im Osten Europas planen.²⁵

- Die NATO erkennt im **März 2018** offiziell an, dass die Ukraine eine Mitgliedschaft im Bündnis anstrebt. Im **Februar 2019** verankert die Ukraine das Ziel einer NATO-Mitgliedschaft in der Verfassung. Im **Juni 2020** wird sie „Enhanced Opportunities Partner“ der NATO.²⁶ Im

September 2020 unterzeichnet der ukrainische Präsident eine neue **Nationale Sicherheitsstrategie** für das Land. Darin wird Russland als Aggressor und Hauptbedrohung definiert, auf welche die Ukraine mit einer vertieften Kooperation mit NATO und EU antworten will.²⁷ Russland antwortet im **Juli 2021** mit einer eigenen, verschärften Nationalen Sicherheitsstrategie.²⁸ Seit **2021** erhält die Ukraine im Rahmen des „Individual Partnership Action Plan“ erweiterte Unterstützung der NATO darin, ihre militärischen und politischen Strukturen an das Bündnis anzupassen.²⁹ Im **November 2021** unterzeichnen US-Außenminister Blinken und sein ukrainischer Amtskollege Kuleba darüber hinaus die „**US-Ukrainische Charta für Strategische Partnerschaft**“, mit der die militärische Zusammenarbeit beider Länder weiter vertieft werden soll.³⁰

- Ab **August 2020** kommt es in **Belarus** zu einer großen Protestbewegung gegen die mutmaßlich gefälschte Wiederwahl von Präsident Alexander Lukaschenko. Der Ablauf entspricht zunächst dem Muster der „bunten Revolutionen“. Eine offenbar in Teilen spontane Massenbewegung gegen die politischen Missstände im Land

wird innerhalb kurzer Zeit von pro-westlichen politischen Kräften dominiert. Zwischenzeitlich droht es eng für Lukaschenko zu werden, als sich mit den Arbeiter:innen im Minsker Traktorenwerk selbst Teile seiner politischen Kernbasis bei einem Auftritt vor laufender Kamera gegen ihn wenden. In den folgenden Monaten gelingt es der belarussischen Regierung jedoch mit russischer Hilfe und einer Mischung aus Repression und Zugeständnissen an die Arbeiter:innenklasse, die Lage politisch in den Griff zu bekommen. Als Gegenleistung für die Unterstützung aus Moskau lehnt sich Belarus nun noch enger an Russland an.

- Ab **Februar 2021**, also kurz nach dem Amtswechsel von Donald Trump zu Joe Biden in den USA, kommt es in der Ostukraine wieder zu verstärkten Angriffen der ukrainischen Armee. Im **März 2021** beschließt die ukrainische Regierung das **Dekret Nr. 117**, mit dem sie Maßnahmen ankündigt, um „die vorübergehende Besetzung“ der Krim und des Donbass durch Russland zu beenden.³¹ Die Regierung erhält den Auftrag, einen entsprechenden Aktionsplan zu entwickeln. Im **April 2021 lässt Russland ca. 100.000 Soldat:innen an der Grenze zur Ukraine sowie auf der Krim aufmarschieren** und schickt 15 Kriegsschiffe zu Übungen ins Schwarze Meer. Teile der Truppen werden ab Ende April zunächst wieder von der Grenze abgezogen.
- Im **Mai und Juni 2021** hält die NATO zusammen mit ihren Partnerstaaten das Großmanöver „Defender Europe 21“ ab. Daran nehmen

24 „Dark Eagle‘ über Mainz-Kastel?“, <https://wiesbaden-lebt.de/dark-eagle-ueber-mainz-kastel>

25 Ebd.

26 „Dieser Status ist Teil des Partnerschaftsprogramms, das darauf abzielt, die Zusammenarbeit zu jenen Partnern zu vertiefen, die bedeutende Beiträge zu NATO-geführten Operationen und Missionen geleistet hat. Als NATO-Partner hat die Ukraine Truppen für Operationen der Alliierten bereitgestellt, darunter in Afghanistan und im Kosovo.“, „Die Beziehungen der Ukraine zur EU und zur NATO“, www.lpb-bw.de/ukraine-eu

nato
27 „Ukraine’s New National Security Strategy“, 30.10.2020, https://pism.pl/publications/Ukraines_New_National_Security_Strategy

28 Vgl. Adam Tooze, „Chartbook #68 Putin’s Challenge to Western hegemony – the 2022 edition“, <https://adamtooze.substack.com/p/chartbook-68-putins-challenge-to>

29 Vgl. „Die Beziehungen der Ukraine zur EU und zur NATO“, www.lpb-bw.de/ukraine-eu-nato

30 „U.S.-Ukraine Charter on Strategic Partnership“, 10. November 2021, www.state.gov/u-s-ukraine-charter-on-strategic-partnership

31 Berliner Zeitung, zitiert nach: Jürgen Wagner, ebd.



Proteste in Belarus im Jahr 2020

insgesamt 28.000 Soldat:innen teil. Zu den beteiligten Partnerländern zählen auch die Ukraine, Georgien und Moldau. Die Defender-Europe-21-Übungen werden von den USA geführt und konzentrieren sich vor allem auf den Balkan und die Schwarzmeerregion. Zudem wird mit 7.000 Soldat:innen der Einsatz von Fallschirmjäger:innen in Estland geübt. Im Rahmen der weiteren Manöver „**Steadfast Defender 2021**“ und „**Sea Breeze 21**“ finden im selben Zeitraum ebenfalls Übungen im Schwarzen Meer statt.³² Dort und an anderen Orten kommt es bei den immer häufigeren Seemanövern, Durchfahrten von Kriegsschiffen und Übungen von Kampfflugzeugen vermehrt zu Zwischenfällen, so etwa, als im Juni 2021 ein britisches Kriegsschiff in die von Russland beanspruchten Hoheitsgewässer der Krim eindringt und Russland Warnschüsse abfeuert. Im **September 2021** starten die USA und andere NATO-Länder dann ein jährlich stattfindendes Militärmanöver mit 6.000 Soldat:innen in der Westukraine. Russland

und Belarus hatten eine Woche zuvor das Militärmanöver „Sapad-21“ mit 200.000 Armeemitgliedern in Belarus, dem Westen Russlands und der Ostsee abgehalten.³³

- Die **diplomatische Krise** zwischen den USA und Russland erreicht im **Frühjahr 2021** einen ersten Höhepunkt, als beide Seiten ihre Botschafter aus dem jeweils anderen Land abziehen. Dabei spielten neben der Lage in der Ukraine auch gegenseitige Cyberangriffe eine Rolle. Die Situation wird bei einem Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Biden und Wladimir Putin im **Juni** erst einmal entschärft. Weitere russische Truppen ziehen zunächst von der ukrainischen Grenze ab.
- Ab **November 2021** verstärken sich die Spannungen an der russisch-ukrainischen Grenze wieder deutlich. Die Ukraine wirft Russland vor, etwa 90.000 Soldat:innen an der Grenze und in den Separatistengebieten im Donezk zusammengezogen zu haben.³⁴ Die russische Seite

wirft der Ukraine vor, dieselbe Größenordnung von Truppen für einen Angriff auf den Donbass bereit zu halten und die Angriffe auf die „Volksrepubliken“ wieder zu verstärken. Im Dezember genehmigt die ukrainische Regierung wie schon im Vorjahr die Präsenz von bis zu 4.000 NATO-Soldat:innen in ihrem Land und erhöht die Zahl der zugelassenen Flugzeuge und Schiffe von NATO-Staaten.³⁵ Für das Jahr 2022 werden **neun Manöver mit ausländischer Beteiligung in der Ukraine** geplant. Nach Einschätzung westlicher Medien formieren sich die russischen Armeeeinheiten an der ukrainischen Ostgrenze in den Wochen ab November nach und nach für eine Invasion. Anfang Februar kommen ca. 30.000 russische Truppen in Belarus – nördlich der Ukraine – hinzu, die dort ein gemeinsames Manöver mit der belarussischen Armee abhalten. Dieses wird am 20. Februar verlängert und mündet in die russische Invasion.

32 „Die NATO übt die Verteidigung Europas“, www.dw.com/de/die-nato-übt-die-verteidigung-europas/a-57498082

33 Hannes Adomeit, „Russisch-belarussisches Manöver Sapad-2021: Teil der Kriegsvorbereitungen gegen die Ukraine“, www.degruyter.com/document/doi/10.1515/sirius-2022-1007/html

34 Stefan Grobe, „Was steckt hinter dem russischen Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze?“, <https://de.euronews.com/my-europe/>

[amp/2021/22/29/was-steckt-hinter-dem-russischen-truppenaufmarsch-an-der-ukrainischen-grenze](https://www.southchineseasset.com/amp/2021/22/29/was-steckt-hinter-dem-russischen-truppenaufmarsch-an-der-ukrainischen-grenze)

35 Vgl. „Ukraine lässt 2022 mehr Flugzeuge und Schiffe der Nato ins Land“, 14.12.2021, www.swissinfo.ch/ger/ukraine-laesst-2022-mehr-flugzeuge-und-schiffe-der-nato-ins-land/47191876

• Ab November 2021 eskaliert auch die **diplomatische Krise zwischen den USA und Russland** wieder. Russland stellt eine Reihe von Forderungen unter anderem nach dem Ausschluss eines Beitritts der Ukraine und anderer ehemaliger Sowjetrepubliken (wie Georgien) zur NATO, nach einem Ende der NATO-Manöver in diesen Ländern sowie nach einem Rückzug der NATO auf die Positionen von 1997.³⁶ Die USA gehen auf diese Forderungen nicht ein und drängen Deutschland und Frankreich, die 2015 noch das Minsker Abkommen mit ausgehandelt hatten, ab Jahresende 2021 diplomatisch auf die Zuschauerplätze. Auch der russische Außenminister Lawrow erklärt die USA zum russischen „Hauptverhandlungspartner“ in der Ukraine-Frage.³⁷ Versuche von Deutschland und Frankreich, das sogenannte Normandie-Format aus Russland, der Ukraine, Deutschland und Frankreich im Januar 2022 wiederzubeleben, enden ohne Ergebnis. Die Eskalation im Donbass und die russischen Invasionsvorbereitungen schreiten derweil voran. Bei der

Münchener Sicherheitskonferenz fordert der ukrainische Präsident Selenskij am **19. Februar** den sofortigen NATO-Beitritt seines Landes und stellt zugleich einen **Ausstieg der Ukraine aus dem „Budapester Memorandum“** von 1994 in Aussicht. Der Vertrag regelt den Verzicht der Ukraine sowie von Belarus und Kasachstan auf eigene Atomwaffen im Gegenzug für die Garantie ihrer Souveränität. Damit wirft Selenskij also die Frage einer ukrainischen atomaren Wiederbewaffnung auf.³⁸ Der russische Präsident reagiert zwei Tage später in einer Fernsehansprache mit der **Anerkennung der „Volksrepubliken“** durch die Russische Föderation, womit er das Minsker Abkommen sprichwörtlich zerreißt und den offiziellen Einmarsch der russischen Armee in den Donbass in den kommenden Tagen nahelegt. Drei Tage später wiederum erfolgt – auch für westliche politische Informationsdienste und Beobachter überraschend³⁹ – die **russische Invasion in die gesamte Ukraine**. Dass sich der Chef des deutschen

Auslandsgeheimdienstes BND zum Zeitpunkt des russischen Angriffs in Kiew⁴⁰ aufhält, lässt darauf schließen, dass die NATO-Staaten von der Invasion ebenfalls überrascht wurden.

Am Hergang der Eskalation ist auffallend, dass es als letzten Auslöser des Kriegsausbruchs keiner **historischen Zufälligkeiten** wie z.B. eines erschossenen österreichischen Thronfolgers bedurfte. Sowohl Russland als auch die Ukraine und die hinter ihr stehenden USA haben die Eskalation Schritt für Schritt vorbereitet und am Ende stand nur noch die Frage im Raum, wer als erstes den Colt zieht und abdrückt. Der tieferliegende Grund hierfür ist, dass die **ungeklärte Ukraine-Frage** sowohl für die USA als auch Russland nicht mehr akzeptabel war und zu einer Lösung drängte.

Aus der Sicht der **USA** muss die ukrainische Frage gelöst und Russland vom Schwarzen Meer verdrängt werden, damit der russische Imperialismus keine Bedrohung für die US-Positionen in Europa mehr darstellt und die USA ihre Kräfte voll auf den **Konflikt mit China in der Pazifikregion** konzentrieren können. Eine Eskalation des Ukraine-Kriegs würde zwar voraussichtlich Chinas Position gegenüber Russland stärken. Im Gegenzug würde aber ein **Zusammengehen des russischen Imperialismus mit den europäischen Mächten Deutschland und/oder Frankreich** für lange Zeit unmöglich gemacht. Und genau dies ist erst einmal das Ergebnis des Kriegsausbruchs und der anschließenden aggressiven Sanktionspolitik, wie sie vor allem die USA vorangetrieben haben: Die

36 www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-konflikt-russland-ende-nato-osterweiterung-101.html

37 Vgl. „Ukraine-Konflikt: USA und Russland kündigen Gespräche an“, 28.12.2021, <https://perspektive-online.net/2021/12/ukraine-konflikt-usa-und-russland-kuendigen-gespraechen-an>

38 „Selenskij sagt zwischen den Zeilen allen anderen: ‚F... you!‘“, Berliner Zeitung, 20.02.22, www.berliner-zeitung.de/welt-nationen/selenskij-sagt-zwischen-den-zeilen-allen-anderen-f-you-li.212916.amp

39 Vgl. „What to Watch for as the Russia-Ukraine Conflict Escalates“, <https://worldview.stratfor.com/article/what-to-watch-russia-ukraine-conflict-escalates>

40 Vgl. „Vom russischen Angriff überrascht: BND-Chef musste Ukraine mit Auto verlassen“, 25.02.22, www.rnd.de/politik/von-krieg-in-der-ukraine-ueberrascht-bnd-chef-musste-kiew-mit-auto-verlassen-2ORA407DBCNDX-2COLYA7YNYBUL.html



Ukraine und USA haben in Richtung Krieg gedrängt

„Rohstoffpartnerschaft“ zwischen Deutschland und Russland liegt in Trümmern, Deutschland muss schleunigst sehen, wie es aus der Abhängigkeit vor allem von russischem Gas und Seltenen Erden herauskommt und ist dazu gezwungen, sich den USA auf absehbare Zeit mehr oder weniger zu unterwerfen.⁴¹ Dies beinhaltet auch eine Distanzierung Deutschlands von China, wie sie durch die Japanreise des Bundeskanzlers Ende April 2022 zum Ausdruck kam.⁴² Unabhängig vom Ausgang des Krieges ist der **deutsche Imperialismus** damit erst einmal der **große Verlierer der Eskalation**. Verliert Russland den Ukraine-Krieg, hätten die USA damit zwei imperialistische Konkurrenten im Westen Eurasiens aus ihrer strategischen Sicht erst einmal neutralisiert.

Aus der Sicht **Russlands** handelte es sich im Frühjahr 2022 um einen **Jetzt-oder-nie-Moment**, um sich den **Donbass** endgültig zu sichern und eine **Landverbindung zur Krim** zu erobern. Das weitere Kriegsziel eines Regimewechsels in Kiew musste Russland dagegen schon nach wenigen Wochen der Invasion begraben.⁴³

41 Mit dem früheren Bundeskanzler und heutigen Lobbyisten Gerhard Schröder besitzt der deutsche Imperialismus sogar eine „tragische“ Symbolfigur für das Scheitern seines doppelten Spiels gegenüber der NATO und Russland. Vgl. Katrin Bennhold, „The Former Chancellor Who Became Putin’s Man in Germany“, New York Times, www.nytimes.com/2022/04/23/world/europe/schroder-germany-russia-gas-ukraine-war-energy.html

42 Vgl. „Scholz hofiert Japan, Ampelparteien drohen Peking: Berlin beginnt neue China-Politik“, <https://hbapp.handelsblatt.com/cmsld/28287054.html>

43 Dies räumt auch der kremlnahe Thinktank-Direktor Dmitry Suslov in einem Interview mit der italienischen Tageszeitung „Corriere della Sera“ vom 23. April 2022 ein. Vgl. Paolo Valentino, „Dmitrij Suslov: «Noi in guerra contro la Nato. Come proseguirà la guerra in Ucraina? Al Cremlino ci sono due scuole di pensiero»“, <https://www.corriere.it/>

Um einen Jetzt-oder-nie-Moment handelte es sich deshalb, weil die **internationalen Kräfteverhältnisse** zwischen den imperialistischen Staaten sich infolge der **Corona-Pandemie** und der schweren **Weltwirtschaftskrise** zuungunsten der USA und der europäischen Staaten und zugunsten Chinas und Russlands verschoben hatten.⁴⁴ Der russische Staat hat sich zu Jahresbeginn 2022 in der finanziell besten denkbaren Lage befunden, um das große Risiko einer Invasion einzugehen.⁴⁵ Während die USA und die EU-Staaten in den letzten Jahren schuldenfinanzierte Finanzpakete in Billionenhöhe geschnürt hatten, um den eigenen Monopolen in der Krise unter die Arme zu greifen, waren die Devisenreserven Russlands mit 630 Milliarden Dollar gegenüber einer Auslandsverschuldung von 56 Milliarden Dollar sehr hoch und die Staatsver-

esteri/22_aprile_23/come-proseguira-la-guerra-in-ucraina-74b4d21a-c270-11ec-9ffc-d9c4202c6b45.shtml?refresh_ce-cp

44 Wie eine Analyse von „Germany Trade & Invest“ zeigt, hat sich die spezielle Struktur des russischen Kapitalismus während Pandemie und Krise als Konkurrenzvorteil herausgestellt: „Das [russische] Bruttoinlandsprodukt (BIP) schrumpfte 2020 real um 3,0 Prozent und damit moderat im Vergleich zum globalen Durchschnitt von minus 3,5 Prozent und zur EU von minus 6,1 Prozent. (...) Für 2021 erwartet das russische Wirtschaftsministerium ein reales BIP-Wachstum von 3,8 Prozent (...). Dass die russische Wirtschaft die Krise relativ gut überstanden hat, liegt vor allem an ihrer Struktur, die weniger von Dienstleistungen und mittelständischen Betrieben geprägt ist als in Westeuropa. Stattdessen dominieren Industrie- und Rohstoffunternehmen, die häufig von Staatsaufträgen und weniger von der privaten Nachfrage abhängen.“, Gerit Schulze, „Russlands Wirtschaft zeigt sich robust in der Coronakrise“, 22.10.21, www.gtai.de/de/trade/russland/specials/russlands-wirtschaft-zeigt-sich-robust-in-der-coronakrise.242418

45 Vgl. Gabor Steingart, „Russland-Sanktionen: Die Luftnummer des Westens“, 24.02.21, <https://www.thepioneer.de/originals/thepioneer-briefing-economy-edition/briefings/russland-sanktionen-die-luftnummer-des-westen>

schuldung mit unter 15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes sehr niedrig (USA: 133 %, Deutschland: 69 %)⁴⁶. Darüber hinaus wäre die Abhängigkeit zahlreicher europäischer Länder von russischen Energie- und Rohstofflieferungen – gerade vor dem Hintergrund der noch bestehenden Krisenfolgen – ein Hebel, um die zu erwartende westliche Sanktionspolitik aufzuweichen und die NATO-Staaten gegeneinander auszuspielen. Genau das hat Russland im bisherigen Verlauf des Krieges immer wieder versucht, so z.B. mit der Ankündigung, Öl und Gas nur noch gegen Rubelzahlungen zu liefern.⁴⁷

Es handelt sich beim Ukraine-Krieg also um einen **Krieg zwischen imperialistischen Mächten** um die **Kontrolle über eine Neokolonie** und eines **geostrategischen Knotenpunktes**. Die Bedingungen für den Kriegsbeginn sind vor allem durch die Veränderungen in den Kräfteverhältnissen zwischen den imperialistischen Mächten infolge der Corona-Pandemie und der Wirtschaftskrise entstanden. Es handelt sich also um die **kapitalistische Krise, die zum Krieg geführt hat**.

Aus Sicht der Arbeiter:innenklasse aller Länder – ob Ukraine oder Russland, USA oder Deutschland – handelt es sich um einen **imperialistischen Raubkrieg**, in dem es **keine gerechte Seite** gibt. Für diese Frage spielt es keinerlei Rolle, wer zuerst auf wen geschossen oder wer wen wie provoziert hat. Es spielt auch keine Rolle, auf welchem

46 Ebd.

47 Mathias Brüggmann, „Putin unterschreibt Gas-Dekret – Westliche Kunden müssen Kauf über russische Bank abwickeln“, 31.03.2022, www.handelsblatt.com/politik/international/russland-putin-unterschreibt-gas-dekret-westliche-kunden-muessen-kauf-ueber-russische-bank-abwickeln

Territorium der imperialistische Krieg gerade ausgefochten wird, sondern einzig und allein, **welche Klassenkräfte** diesen Krieg aus welchen Interessen heraus losgetreten haben: Das sind nämlich die **Finanzoligarchien Russlands** und der **USA** sowie die **Oligarchen in der Ukraine**, die sich mit dem Ausverkauf ihres Landes an die eine oder andere imperialistische Macht gebunden haben – und sich rechtzeitig vor Beginn des russischen Einmarschs in ihre Luxusanwesen in anderen Staaten abgesetzt haben. Auch die **Finanzoligarchie Deutschlands** verdient, vor allem über das Rüstungsgeschäft und die Kriegskredite auf tausenderlei Art an diesem Krieg mit. Der **deutsche Imperialismus** versucht zudem mit aller Macht, den Krieg trotz der für ihn ungünstigen Ausgangsbedingungen zu nutzen, um sein Einflussgebiet in Osteuropa zu erweitern.

Das bedeutet, dass es für die Arbeiter:innenklasse keine „besseren“ und „schlechteren“ imperialistischen Mächte geben kann. Einige sich kommunistisch nennende Kräfte kritisieren diese Haltung als „**Äquidistanztheorie**“, während sie selber die militärische Einkreisung Russlands durch die NATO ins Zentrum stellen, um daraus zu schlussfolgern, dass Kommunist:innen sich nicht gleichermaßen von den NATO-Mächten und Russland (sowie China) distanzieren dürften, oder dass es sogar zeitweise Interessensgemeinschaften zwischen der Arbeiter:innenklasse und der russischen Bourgeoisie geben könne. Diese Theorie ist vor allem im revisionistischen Lager häufig anzutreffen.⁴⁸ Damit wird letztlich

die Klassenfrage einer politischen Bewertung der Kräfteverhältnisse zwischen bürgerlichen Staaten untergeordnet, wobei z.B. deren territoriale Unversehrtheit (wie im Falle Syriens in Bezug auf die Rojava-Revolution) oder das bürgerliche Völkerrecht zum politischen Grundsatz erhoben werden. Der Arbeiter:innenklasse bleibt nach dieser Sichtweise nichts anderes übrig, als sich zwischen den existierenden bürgerlichen Staaten diejenigen auszusuchen, an die sie sich klammern sollen, anstatt eine eigene revolutionäre Strategie zu verfolgen.

Auch alle politischen Positionen, die im jetzigen Krieg etwa das Recht der Ukraine auf Selbstverteidigung des eigenen Staatsgebietes ins Zentrum stellen, gehen letztlich am Kern der Sache vorbei. Eine solche Position wird zum Beispiel von einigen **ukrainischen Anarchist:innen** vertreten, die sich mit der Begründung, „für den Schutz der mehr oder weniger freien Gesellschaft“ in der Ukraine zu kämpfen, vom ukrainischen Staat an die Front schicken lassen und dort Seite an Seite mit den Nazis des Asow-Regiments für die Interessen der NATO-Imperialisten und ihrer ukrainischen Vasallen sterben.⁴⁹ Dagegen war die klare Politik der kommunistischen Bewegung in vergleichbaren Situationen der Geschichte – wie z.B. im Ersten Weltkrieg – immer die, dass sie die **Waffen auf die eigenen Ausbeuter:innen und den eigenen Unterdrückerstaat richten müssen**, dass es ein Verrat an den Interessen der Arbeiter:innenklasse ist, sich für die Interessen des eigenen Imperialismus oder des eigenen

sion-gegen-russland

49 Vgl. „Putins Terror betrifft alle: Anarchisten schließen sich den Kriegsanstrengungen der Ukraine an“, <https://mein-berlin.net/putins-terror-betrifft-alle-anarchisten-schliessen-sich-den-kriegsanstrengungen-der-ukraine-an/>

Unterdrückerstaat einspannen zu lassen. Dieser Grundsatz muss heute auch gegenüber der entgegengesetzten Position verteidigt werden, die zum Kampf auf Seiten der Volksrepubliken im Donbass aufruft. Diese sind spätestens seit dem 24. Februar 2022 nichts anderes mehr als ein Teil der Kriegsführung des russischen Imperialismus.

Es ist wichtig, an dieser Stelle zu betonen, dass es sich bei diesem Krieg **nicht um einen rein ukrainisch-russischen Konflikt** handelt. Wie wir oben gesehen haben, wäre die Ukraine als Neokolonie aus eigener Kraft überhaupt nicht in der Lage, einen konventionellen Krieg gegen Russland so zu führen, wie sie es jetzt tut. Die massive Ausweitung der militärischen, geheimdienstlichen, logistischen und finanziellen Unterstützung der Ukraine durch die NATO-Staaten seit Kriegsbeginn macht die ukrainische Armee vielmehr zu einer **Stellvertreterarmee der NATO** und damit vor allem der USA. Zwischen Januar und Juni haben allein die USA der Ukraine Waffen im Wert von rund 4 Milliarden Euro und weitere 20 Milliarden Euro an finanziellen Hilfen für militärische Zwecke geliefert, gefolgt vom Vereinigten Königreich (insgesamt 2,4 Mrd. Euro), Polen (1,7 Mrd.) und Deutschland (1,4 Mrd.).⁵⁰

Der Kreml-Berater Dmitry Suslov hat im April 2022 zutreffend festgestellt, dass das „ukrainische Feuer“ vom Westen „organisiert und gezielt“ werde: „Es ist die NATO, die auf russische Truppen schießt, mit ihren Waffen, die von den Ukrainern bedient werden.“⁵¹

50 Vgl. <https://de.statista.com/infografik/amp/27275/ruestungs-und-waffenhilfezusagen-von-regierungen-an-die-ukraine>

51 Paolo Valentino, „Dmitrij Suslov: «Noi in guerra contro la Nato. Come proseguirà la guerra in Ucraina? Al

48 Vgl. „Zur Kritik am Joint Statement und zur NATO-Aggression gegen Russland“, <https://kommunistische.org/diskussion-imperialismus/zur-kritik-am-joint-statement-und-zur-nato-aggress->

Der Grund hierfür ist, dass die USA Russland vor allem deshalb vom Schwarzen Meer verdrängen wollen, um sich – wie oben dargestellt – eine bessere Ausgangsposition für den Krieg mit China zu verschaffen. Was sie jetzt jedoch nicht wollen und deshalb unter großen Anstrengungen vermeiden ist ein offener, direkter Krieg zwischen der NATO und Russland in Europa. Denn ein solcher direkter Krieg würde gerade die amerikanischen Kräfte im Westen Eurasiens binden, die sie dringend im Osten benötigen. Deshalb sind es die ukrainische Armee und die faschistischen Milizen, die den Krieg für die USA und die ukrainischen Oligarchen führen müssen.

Schon wenige Tagen nach dem 24. Februar hat sich angesichts des heftigen ukrainischen Widerstands und des Scheiterns des geplanten russischen Enthauptungsschlags gegen die Kiewer Regierung abgezeichnet, dass dieser Krieg nicht in kurzer Zeit beendet sein wird, sondern sich zu einem **langwierigen konventionellen Krieg** auswächst. Dafür spricht, dass Russland sich jetzt keinesfalls mehr aus der Ukraine zurückziehen kann, ohne zumin-

dest den Donbass und die Landverbindung zur Krim gesichert zu haben.⁵² Die USA und ihre Verbündeten wiederum schnüren seit Ende Februar ein Milliardenpaket nach dem anderen für die Ukraine, damit diese Russland endgültig von der Schwarzmeerküste verdrängt. US-Verteidigungsminister Lloyd Austin erklärte, die USA wollten Russland „in dem Ausmaß geschwächt sehen, dass es die Art von Dingen, die es mit dem Einmarsch in die Ukraine getan hat, nicht mehr machen kann“.⁵³ Zu diesem Zweck haben die USA eine „Koalition der Willigen“ aus 40 Staaten geschmiedet, die sich Ende April zum ersten Mal auf dem US-Luftwaffenstützpunkt in Ramstein (Deutschland) getroffen hat. Es ist zudem nicht ausgeschlossen, dass einzelne westliche Staaten wie z.B. Polen – gerade bei einem langwierigen Krieg – an einem bestimmten Punkt doch noch direkt ins Kriegsgeschehen

eingreifen, etwa um sich die Kontrolle über die Westukraine zu sichern.⁵⁴

Der Ukraine-Krieg lässt sich vor diesem Hintergrund als das **Vorspiel eines anstehenden Dritten Weltkrieges** verstehen, also eines Krieges um die Neuaufteilung Eurasiens und der Welt zwischen allen großen imperialistischen Mächten. Der Ukraine-Krieg hat eine neue, aggressivere Phase in den zwischenimperialistischen Auseinandersetzungen eingeleitet. Diese Phase wird sich aller Voraussicht nach dadurch auszeichnen, dass **offene, geographisch begrenzte Kriege häufiger und in größeren Dimensionen** stattfinden als in der historischen Phase ab 1989/90. Ab einem bestimmten Punkt werden die in begrenzten Kriegen ausgetragenen zwischenimperialistischen Auseinandersetzungen dann erneut zu einem qualitativen Sprung führen und in den Dritten Weltkrieg übergehen.

52 Suslov etwa bezeichnet einen Sieg im Donbass als das absolute Minimum, das Russland erreichen müsse: „Am Anfang handelte es sich um einen Konflikt um die Ukraine. Aber jetzt ist es ein Krieg um Russland. Auf dem Spiel steht das Überleben Russlands als Großmacht und sein Status in den internationalen Beziehungen.“, ebd.

53 „Russland von solchen Einsätzen abhalten: USA zu ihren Zielen im Ukraine-Krieg“, 26.04.22, www.stern.de/amp/politik/ausland/us-verteidigungsminister---wollen-russland-geschwaecht-sehen--31806894.html

54 Die Einschätzung des früheren Putin-Beraters Karaganov geht in diese Richtung: „Poland will gladly take back some of parts in the west, maybe Romanians and Hungarians will, too, because the Hungarian minority in Ukraine has been suppressed along with other minorities.“, „Russia cannot afford to lose, so we need a kind of a victory“, Bruno Maçães, *New Statesman*, 2 April 2022, www.newstatesman.com/world/europe/ukraine/2022/04/russia-cannot-afford-to-lose-so-we-need-a-kind-of-a-victory-sergey-karaganov-on-what-putin-wants

Cremlino ci sono due scuole di pensiero“, https://www.corriere.it/esteri/22_aprile_23/come-proseguira-la-guerra-in-ucraina-74b4d21a-c270-11ec-9ffc-d9c4202c6b45.shtml?refresh_ce-cp

Deutscher Gepard-Panzer soll in der Ukraine im Kampf gegen Russland dienen



Es gibt eine Reihe von **geostrategischen Knotenpunkten** neben der Ukraine, an denen die zwischenimperialistischen Spannungen sich aktuell sehr dynamisch entwickeln und der Ausbruch eines (zunächst begrenzten) Krieges in den nächsten Monaten bis Jahren möglich bis wahrscheinlich ist:

- Auf dem Balkan könnte eine **Abspaltung der serbischen Teilrepublik** (Republika Srpska) von **Bosnien-Herzegowina** schon kurzfristig zu einer Neuauflage des Jugoslawien-Krieges der 1990er Jahre führen. Im Frühjahr 2022 hat die politische Führung der Republik Srpska konkrete Vorbereitungsschritte für eine solche Abspaltung unternommen, indem sie dem bosnischen Zentralstaat Kompetenzen in den Bereichen Steuern, Justiz und Verteidigung entzogen hat. Besonders kritisch ist in diesem Zusammenhang das Ziel der bosnischen Serbenführung, eigene Streitkräfte aufzubauen.⁵⁵ Die EU-Staaten um Deutschland und Österreich, die in Bosnien-Herzegowina de facto als Kolonialmächte herrschen, reagierten auf die Pläne mit einer Verstärkung ihrer Truppenpräsenz.⁵⁶ Die meisten der Besatzungssoldat:innen stammen aus Österreich, während der Kolonialgouverneur von Bosnien-Herzegowina („Hoher Repräsentant der UN“) aktuell der frühere deutsche Landwirtschaftsminister Christian Schmidt ist. Die bosnischen Serben wiederum werden vor allem von Serbien und Russland unterstützt, unterhalten

aber ebenso gute Verbindungen nach Kroatien und Ungarn. Eine Eskalation des nationalen Konflikts in Bosnien-Herzegowina hätte das Potential, schnell auf Nachbarstaaten wie Kroatien, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien überzugreifen, in denen es ähnliche ethnische Konflikte gibt. Auf dem Balkan sind neben den europäischen Staaten und Russland auch die USA mit eigenen Truppen präsent. Zudem verfolgen China, die Türkei, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate Hegemonialinteressen in der Region.

- Infolge des Ukraine-Krieges haben sich auch die Spannungen zwischen **Russland** und **Japan** verschärft. Beide Staaten befinden sich seit vielen Jahrzehnten in einem Gebietskonflikt um die heute von Russland kontrollierten **Kurilen-Inseln** im Nordpazifik. Die japanische Regierung arbeitet seit der Eskalation in der Ukraine bereits an Plänen für ein ähnlich drastisches Aufrüstungsprogramm wie Deutschland, dürfte hierfür aber noch einige Jahre brauchen.⁵⁷ Dabei geht es vor allem um eine **Aufrüstung gegen China** und die Aufrechterhaltung der japanischen Einflussgebiete im nördlichen Pazifik. Dort ist die **Koreanische Halbinsel** seit Jahrzehnten das Gebiet mit dem wohl höchsten Kriegspotential. Hier gibt es nicht nur den Konflikt zwischen Nord- und Südkorea, sondern es prallen die Interessen Russlands, Chinas, Japans und der USA direkt aufeinander. Die jüngste Aufrüstung Nordkoreas in konventionellen Waffensystemen hat die Wahr-

scheinlichkeit für begrenzte militärische Eskalationen dort steigen lassen.⁵⁸

- Ein hohes Potential für militärische Eskalationen hat auch die Region des **Südchinesischen Meeres**, in der es Gebietskonflikte zwischen China und anderen Anrainerstaaten wie Vietnam und den Philippinen gibt.⁵⁹ In den vergangenen Jahren kam es dort immer einmal wieder beinahe zu direkten Konfrontationen zwischen den Kriegsschiffen verschiedener Seiten. Die USA wiederum haben im Jahr 2021 das Militärbündnis **AUKUS** mit Australien sowie dem Vereinigten Königreich gegründet⁶⁰, das sich zum Ziel gesetzt hat, Chinas Hegemonialansprüche in der gesamten Indopazifikregion einzudämmen. Demselben Zweck dient die Kooperation der USA mit Japan, Indien und Australien im sogenannten „Quad“-Format.⁶¹
- Als der größte Konfliktpunkt in der Pazifik-Region gilt wiederum die Insel **Taiwan**, die von China als eigenes Territorium beansprucht wird, auf der jedoch mit der „Republik China“ faktisch ein eigenständiger Staat existiert. Dieser wird von den USA, Japan und anderen imperialistischen Konkurrenten Chinas unterstützt. Die geographische Lage Taiwans macht die Kontrolle über die Insel zum ausschlaggebenden Faktor dafür, ob China als maritime Macht in den

55 Vgl. „Ist Bosnien-Herzegowina Putins nächstes Einfallstor?“, <https://hbapp.handelsblatt.com/cmsid/28249078.html>

56 www.derstandard.de/story/2000133650098/eufor-stockt-wegen-angriff-auf-ukraine-in-bosnien-herzegowina-auf

57 Vgl. „Russlands Ostfront: Japan schwenkt vom Kumpel- auf Konfliktkurs“, <https://hbapp.handelsblatt.com/cmsid/28253730.html>

58 Vgl. „North Korea’s Non-Nuclear Option“, <https://worldview.stratfor.com/article/north-korea-s-non-nuclear-option>

59 Vgl. „Kampf um Ostasien“, *Kommunismus* 11, S. 36 ff.

60 Vgl. „AUKUS-Pakt: Neue Konflikte um den Indopazifik“, <https://perspektive-online.net/2021/09/35400>

61 Vgl. „Anti-China-Allianz: ‚Quad‘-Staaten treffen sich in Washington“, <https://perspektive-online.net/2021/09/anti-china-allianz-quad-staaten-treffen-sich-in-washington>

Pazifik expandieren kann oder von einem gegnerischen Vorposten vor der eigenen Küste bedroht wird. Deshalb spielt die Insel für Chinas Geostrategie eine ähnlich kritische Rolle wie die Ukraine für Russland: Das Land **muss** die Kontrolle über Taiwan früher oder später übernehmen, um Weltmacht werden zu können, während die USA **genau das** nicht zulassen dürfen, wenn sie die Hegemonie im Indopazifik nicht an China verlieren wollen. Für Japan wiederum wäre eine chinesische Kontrolle über Taiwan gleichbedeutend mit einer existenziellen Bedrohung des eigenen Staates. Es gibt vor diesem Hintergrund kein realistisches Szenario, in dem die Taiwan-Frage zwischen den imperialistischen Mächten auf nicht-kriegerischem Wege gelöst werden könnte. Ein Krieg um Taiwan würde jedoch mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit als direkter Krieg zwischen China und den USA plus ihren Verbündeten geführt und könnte damit kaum unter dem Niveau eines Weltkriegs bleiben. Auch hier läuft die Entwicklung früher oder später auf einen „Jetzt-oder-nie-Moment“ hinaus, wobei es sich momentan so darstellt, dass China eher Zeit gewinnen will, um militärisch weiter aufzurüsten, bevor es den Krieg gegen die USA erfolgreich führen kann.

- Neben diesen Kriegspotentialen an geostrategischen Knotenpunkten im Westen und Osten Eurasiens gibt es natürlich noch zahlreiche weitere **Konflikte im eurasischen Kernland** sowie auf anderen Kontinenten. Hierzu zählen die noch immer andauernden Kriege in **Syrien** und **Jemen**, die Konflikte zwischen dem **Iran** und **Israel** sowie den **Golfstaaten**, zwischen Armenien und Aserbaidschan im Kaukasus, zwischen **Indien** und **China** sowie **Indien** und **Pakistan** und – nicht zuletzt – zahlreiche Kriege und Konflikte in Afrika (wie z.B. in Libyen und Mali). Auch hier kann es jederzeit zu neuen Eskalationen und gegenseitigen Wechselwirkungen kommen. Zudem sind die großen imperialistischen Mächte an all diesen Punkten in der einen oder anderen Form direkt involviert.
- Die Entwicklung der imperialistischen Widersprüche zum Dritten Weltkrieg wird **nicht einfach und linear** ablaufen, sondern sich in dialektischen Widersprüchen vollziehen, die z.B. durch den kapitalistischen Krisenzyklus und neue Dynamiken in den imperialistischen Kräfteverhältnissen, vor allem aber durch den **Klassenkampf** hervorgerufen werden. Denn alle imperialistischen Mächte sind bereits heute beim Ukraine-Krieg mit dem Risiko einer **Eskalation der Klas-**

senwidersprüche im eigenen Land konfrontiert. Dies gilt sowohl für die USA und Deutschland, in denen es nach Jahren von Pandemie und Krise in der Arbeiter:innenklasse gärt und schon im Vorfeld des Krieges massive Preissteigerungen zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiter:innen geführt haben. Es gilt erst recht für Russland, wo die Arbeiter:innenklasse seit dem Ende der Sowjetunion auf einem niedrigen Lebensstandard lebt und wo Pandemie und Krise ebenfalls zu steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Realeinkommen (2020: minus 3,5 Prozent) geführt haben.⁶²

Die **Arbeiter:innenklasse** ist die einzige gesellschaftliche Kraft, die dem Kriegstreiben der Imperialisten etwas entgegensetzen kann, nämlich wenn sie unerbittlich den Kampf gegen das imperialistische System und für die sozialistische Revolution aufnimmt. Deshalb ist es für die revolutionäre und kommunistische Bewegung von entscheidender Bedeutung, die jetzt eingetretene neue Phase in den zwischenimperialistischen Auseinandersetzungen richtig zu verstehen und ihr gegenüber eine **korrekte Ausrichtung im revolutionären Kampf** zu entwickeln.

⁶² Vgl. Brüggemann, ebd.





4. Der revolutionäre Kampf in der neuen Phase

AGGRESSIVERE TAKTIK DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS NACH INNEN UND AUSSEN

Aus der Sicht der Arbeiter:innenklasse zeichnet sich die neue Phase der zwischenimperialistischen Auseinandersetzungen konkret durch eine wachsende Aggressivität des Imperialismus nach außen und innen aus. Diese geht mit zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Angriffen auf die Arbeiter:innen einher. Wir wollen dies im folgenden vor allem anhand des deutschen Imperialismus konkretisieren:

- Der deutsche Imperialismus hat innerhalb von 48 Stunden nach Kriegsbeginn seine bisherige **Taktik der militärischen Zurückhaltung** über Bord geworfen und mit der groß in Szene gesetzten Rede von Kanzler Scholz am 27.02. vor dem Bundestag ein historisches **Aufrüstungsprogramm** in die Wege geleitet. Die Bundeswehr wird in diesem Jahr mit einem **Sondervermögen von 100 Milliarden Euro** ausgestattet.¹ Zukünftig will Deutschland jährlich 2 Prozent

seines Bruttoinlandsprodukts in die Rüstung investieren – eine symbolisch wichtige Zahl, denn Deutschland hatte sich bereits seit Jahren in der NATO zu Rüstungsausgaben in dieser Größenordnung verpflichtet, diese Verpflichtung jedoch nicht eingehalten und wurde dafür von den USA unter Druck gesetzt. Die Rüstungsindustrie stand bereits am ersten Kriegswochenende in den Startlöchern und hat angekündigt, in den 24-Stunden-Schichtbetrieb zu gehen und die Lieferungen an andere „Kunden“ zugunsten des deutschen Staates zurückzustellen. Zugleich hat Deutschland seine Zurückhaltung bezüglich Waffenlieferungen in die Ukraine fallen gelassen und innerhalb der ersten Kriegswoche damit begonnen, Luftabwehrraketen und Panzerfäuste zu liefern. Unter dem Druck der von den USA und Russland herbeigeführten Eskalation hat sich der deutsche Imperialismus also genötigt gesehen, die „Flucht nach vorne“ anzutreten und eine **aggressivere Taktik** einzuschlagen – um den Preis dessen, dass seine strategische Bündnisoption mit Russland erst einmal vom Tisch und Deutschland zum „Juniorpartner“ der USA degradiert ist.

Die einzige Möglichkeit, aus dieser Lage heraus mittelfristig wieder eigene Handlungsoptionen auch gegen den Willen der USA zu entwickeln, ist dadurch, dass Deutschland in möglichst kurzer Zeit selbst zur **führenden Militärmacht in der EU** wird. Zudem muss Deutschland den Krieg ausnutzen, um eine möglichst gute **Machtposition in der Ukraine** zu erzielen. Dabei ist Deutschland durch die weiter bestehende Rohstoffabhängigkeit von Russland stark limitiert, was sich in zähen nationalen und internationalen Debatten über die „zögerliche Haltung“ der Bundesregierung, den Energieboykott oder die Lieferung „schwerer Waffen“ an die Ukraine geäußert hat. Die Arbeiter:innenklasse darf sich jedoch keine Illusionen darüber machen, dass Deutschland seine **militärische Macht zügig aufbauen** und einsetzen wird, je mehr es die Energieabhängigkeit überwindet. Dabei steht der deutsche Imperialismus jedoch vor dem Problem, dass er überhaupt erst einmal Streitkräfte aufbauen muss, die in der Lage wären, eigenständig einen konventionellen Krieg zu führen. Die Bundeswehr ist nämlich bislang nur auf begrenzte Auslandseinsätze

¹ Vgl. „Aufrüstung für den nächsten großen Krieg“, <https://perspektive-online.net/2022/04/aufruistung-fuer-den-naechsten-grossen-krieg>

und die Verteidigung im Rahmen des NATO-Bündnisses ausgerichtet und es fehlen ihr die Kriegsfähigkeiten, die für einen konventionellen Krieg zwischen militärischen Großverbänden notwendig sind.

- Der Schwenk zu einer aggressiveren Taktik und das schrittweise Herunterfahren der Rohstoffallianz mit Russland kosten Deutschland jedoch einen **hohen wirtschaftlichen Preis**, den Staat und Monopole **auf die Arbeiter:innenklasse umlegen**. Zwar sind Extremszenarien wie Strom- und Gasperren bislang ausgeblieben, wie sie seit den ersten Kriegstagen in den deutschen Medien diskutiert wurden. Die Preise für Energie und Konsumgüter weisen jedoch Steigerungen auf wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Im April lag die **offizielle Preissteigerung** im Vergleich zum Vorjahr bei 7,4 Prozent und damit auf einem Niveau wie zuletzt 1981. Besonders die Preise für Energie (+ 35,3 %) und Nahrungsmittel (+ 8,5 %) sind deutlich nach oben geschossen.² Die Preissteigerungen hatten tatsächlich bereits lange vor der Eskalation im Ukraine-Krieg begonnen, nämlich vor allem infolge **unterbrochener Lieferketten in der Pandemie** bei gleichzeitigem **Einsetzen der Belebungsphase** des kapitalistischen Krisenzyklus. Eine weitere Ursache ist die vom Staat eingeführte indirekte Besteuerung von Energie und Treibstoffen zur Finanzierung des Umstiegs der deutschen Industrie auf erneuerbare Energieträger.
- Im Zuge des Übergangs Deutschlands zur militärischen Aufrüstung sind auch die

Vertreter:innen des deutschen Militarismus zügig in die politische Offensive gegangen. Am Tag 4 der Eskalation im Ukraine-Krieg fordert ein Bundeswehroffizier in einem Meinungsartikel auf der Nachrichtenplattform „The Pioneer“ eine umfassende **Militarisierung der Innen- und Außenpolitik**, darunter die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates, die „*Verzahnung aller Sicherheitsbehörden, Nachrichtendienste und der Bundeswehr*“ und die **Wiedereinsetzung der Wehrpflicht**.³ Gerade letzterer Punkt wird in der politischen Debatte schnell aufgegriffen.

- Daneben schaltet der deutsche Imperialismus im Gleichschritt mit den anderen NATO-Mächten auf die klassischen Maßnahmen der **Kriegspolitik im Innern** um: Verbot der „Feindsender“ in Form der russischen Medien RT und Sputnik, Verbot feindlicher Symbolik wie des Buchstabens „Z“, den Russland im Ukraine-Krieg zur Markierung seiner Panzer verwendet hat. Dies wird in klassischer Manier mit dem Antikommunismus verbunden, etwa wenn die Frankfurter Polizei das Tragen sowjetischer Fahnen als „Anfangsverdacht einer Straftat“ wertet.⁴ Überhaupt nutzt die deutsche Regierung die Kriegsstimmung zum weiteren Abbau demokratischer Rechte, etwa durch das Inkrafttreten des Paragraphen 140 im Strafgesetzbuch, der das Billigen

noch nicht begangener Straftaten unter Strafe stellt, sofern diese die „öffentliche Ordnung“ bedrohen.

- Zugleich unternimmt der Imperialismus Schritte zur **Rehabilitierung des Faschismus**, die wenige Wochen zuvor noch unvorstellbar gewesen wären. Ukrainische Politiker:innen dürfen in sämtlichen deutschen Medien jeden Tag erzählen, dass Putin „schlimmer als Hitler“ und die historischen ukrainischen Nazi-Kollaborateure um Stepan Bandera patriotische Vorbilder des heutigen „Widerstandskampfs“ der Ukrainer:innen seien. Heutige ukrainische Nazi-Verbände wie das „Asow-Regiment“ werden in einigen Medien ganz selbstverständlich als Verteidiger:innen der Bevölkerung von Mariupol gefeiert. Und nur an ganz wenigen Stellen finden sich Berichte, die der einhelligen Propaganda, das ukrainische Volk habe sich in einem heroischen Aufstand gegen die russischen Besatzer erhoben, etwas entgegensetzen.⁵ Auf Friedensdemonstrationen und im staatlichen Fernsehen werden faschistische Grüße wie „Ruhm der Ukraine!“ beklatscht und normalisiert. Daneben rekrutieren die ukrainischen Konsulate in Deutschland ganz offen Freiwillige für den Krieg gegen Russland, was von den deutschen Behörden geduldet wird. Damit ermöglichen sie es deutschen Faschist:innen, in der Ukraine unter realen Kriegsbedingungen an der Waffe zu trainieren. Die AfD als deren parlamentarischer Arm versucht sich derweil als Friedensopposition zu profilieren, fordert eine neutrale Haltung Deutschlands

2 www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/04/PD22_182_611.html

3 Vgl. Gregor Golland, „7 Schritte zu einer neuen Wehrhaftigkeit“, www.thepioneer.de/originals/thepioneer-expert/articles/7-schritte-zu-einer-neuen-wehrhaftigkeit

4 Vgl. „Ist das Tragen von Hammer und Sichel bald eine Straftat?“, <https://perspektive-online.net/2022/04/ist-das-tragen-von-hammer-und-sichel-bald-eine-straftat>

5 „Ich bin Ukrainerin – und kann kein Blau-Gelb mehr sehen“, www.freitag.de/autoren/der-freitag/die-deutschen-wollen-den-krieg-in-der-ukraine-gewinnen

im Ukraine-Krieg und kopiert dafür Slogans der historischen Friedensbewegung.⁶

Diese erste, umfassende Welle von Angriffen auf die Arbeiter:innenklasse findet wohl gemerkt statt, während Deutschland noch gar nicht selbst Kriegspartei ist und nur die ersten Schritte in Richtung einer aggressiveren Taktik unternommen hat. Sobald die notwendige **Phase der Aufrüstung und Umstrukturierung der deutschen Wirtschaft** zu gewissen Ergebnissen gekommen ist, müssen wir mit neuen und vermutlich deutlich härteren Angriffen rechnen.

Als aggressive imperialistische Macht wird Deutschland z.B. nicht davor zurückschrecken, zügig **selbst Soldat:innen in Kriegsgebiete** zu schicken, wenn die Verschärfung der zwischenimperialistischen Auseinandersetzungen dies erfordert. Auf dem Balkan ist dies seit dem Ende der 1990er Jahre bereits Realität, und ein stärkeres militärisches Eingreifen Deutschlands im früheren Jugoslawien, sollte es dort zu einer Verschärfung der politischen Lage kommen, läge nur auf der Hand. Ebenso ist denkbar, dass der Ukraine-Krieg sich auf benachbarte Staaten wie Moldau, Belarus, Polen, Litauen oder Russland selbst ausweitet. Sollte es damit einhergehend zu einer mittelfristigen, umfassenden **militärischen Neuordnung in Osteuropa** kommen, wäre nicht nur Polen ein Kandidat dafür, in die Westukraine einzumarschieren. Deutschland könnte in einer solchen Situation relativ offen zu revanchistischen Vorhaben zu-

rückkehren und Gebietsansprüche etwa auf die russische Enklave Kaliningrad (Königsberg) oder andere seiner alten Ostgebiete in Polen, Tschechien oder dem Baltikum erheben – etwa mit „friedenssichernden Truppen“ und dem Argument einer „historischen Verantwortung“. Dafür wäre es nicht einmal nötig, die klassischen politischen Kräfte des deutschen Revanchismus wie die Vertriebenenverbände und deren Vertreter:innen (vor allem aus CDU, CSU und AfD) in die Regierung einzubinden. Annalena Baerbock und Robert Habeck machen nämlich bereits vor, dass das **Wiedererstarken des deutschen Militarismus und die Fasischierung im Inneren** auch mit grünem Etikett, mit ganz viel aufgetragenem „Feminismus“ und „Klima“ funktionieren können (ganz analog übrigens zur Biden-Regierung in den USA).

Um sich auszumalen, welche inneren Angriffe im Falle eines solchen Wiedererstarkens Deutschlands als Kriegsmacht auf die Arbeiter:innenklasse zukommen, müssen wir nicht in die Zeiten der ersten beiden Weltkriege zurückgehen. Denn in der Corona-Pandemie konnte der deutsche Staat von **Demonstrationsverboten** bis zu nächtlichen **Ausgangssperren** bereits eine ganze Palette von repressiven Maßnahmen an der Bevölkerung testen – und diese damit auch an solche Maßnahmen gewöhnen. Leere Supermarktregale haben wir in der Pandemie bei einigen Warengruppen ebenso bereits kennengelernt wie die Ausweitung der Arbeitszeiten von Pflegekräften. Insofern ist der gedankliche Schritt zur Rationierung von Konsumgütern in Kriegszeiten – vielleicht mit digitalen Lebensmittelmarken auf dem Smartphone – ebenso wenig fernliegend wie die Zwangsver-

pflichtung von Arbeitskräften zur Arbeit in kriegswichtigen Industrien. Über Strom- und Gassperren für Single-Haushalte, Saunaverbote und die Wehrpflicht wird ohnehin bereits eine öffentliche Diskussion geführt.⁷ Und bei der dafür notwendigen Kriegspropaganda und Stimmungsmache, in der Ukraine fände nun ein Zivilisationskrieg zwischen den „demokratischen“ und „autoritären“ Staaten statt, ziehen alle bürgerlichen Medien von der Springerpresse bis zur „taz“ an einem Strang. Der entscheidende Punkt hierbei ist, dass die wachsende Aggressivität des Imperialismus und die beschriebenen wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen keine bloßen Gedankenspiele sind, sondern sich als **Gesetzmäßigkeit** aus den Bedürfnissen des monopolistischen Kapitals ergeben. Dies haben wir in den ersten drei Teilen dieses Artikels herausgearbeitet. Die Verschärfung der imperialistischen Widersprüche bis zum Dritten Weltkrieg mochte vor wenigen Monaten oder Jahren noch als linke Phrasendrescherei erscheinen. Jetzt, da seit Ende 2021 plötzlich alle Regierungschefs der imperialistischen Staaten offen vom Dritten Weltkrieg oder vom nuklearen Schlagabtausch sprechen, sollte uns die Bedeutung des Begriffs der gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeit bzw. **historischen Notwendigkeit** nochmal in aller Deutlichkeit vor Augen geführt werden.

Für uns als Kommunist:innen wäre es deshalb ein tödlicher Fehler, uns in der jetzigen Situation einzurichten, wo alles „noch nicht so schlimm“ ist, politisch auf Sicht zu fahren und in gewohnten

6 „AfD und der Krieg in der Ukraine: Wie sich die Rechtspopulisten als Friedenspartei inszenieren“, www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-und-der-krieg-in-der-ukraine-wie-sich-die-rechtspopulisten-als-friedenspartei-inszenieren-a-219f56555-0461-4e71-a1a2-fe842498aeeb

7 Vgl. „Saunaverbot und Einschränkungen für Singles möglich“, www.spiegel.de/wirtschaft/bundesnetzagentur-chef-sauna-verbot-und-einschraenkungen-fuer-singles-moeglich-a-19a95e8c-8e04-4efe-99d9-feb33bb0062d

Arbeitsroutinen zu verbleiben. Stattdessen müssen wir unser politisches Herangehen an den Imperialismus vom Ende her denken. Das heißt, wir müssen uns in unserer gesamten politischen Arbeit, in Theorie und Praxis davon leiten lassen, dass die imperialistischen Widersprüche am Ende zum großen Krieg um die Neuaufteilung der Welt drängen, und dass es nur eine einzige Alternative für die Arbeiter:innenklasse gibt, dem Drang des Imperialismus zu Krieg, Morden und Zerstörung ein Ende zu setzen – nämlich durch die sozialistische Revolution.

DIE AUFGABEN DER KOMMUNIST:INNEN

Das Eintreten des Weltimperialismus in eine neue, aggressivere Phase, die eine Vorbereitungsphase für den Dritten Weltkrieg ist, hat für unsere Arbeit als Kommunist:innen vor allem zwei Konsequenzen:

Als **erste Konsequenz** erhält die Frage des kommunistischen Parteaufbaus eine neue Dringlichkeit. Wir haben oben entwickelt, dass die Verschärfung des Klassenkampfes mit der Eskalation im Ukraine-Krieg im Februar 2022 bereits eingesetzt hat und einige Prognosen für die weitere Entwicklung aufgestellt. Die Arbeiter:innenklasse wird den Angriffen der imperialistischen Bourgeoisie in dieser Phase nur dann wirksam etwas entgegen setzen können, wenn sie über die dazu notwendige politisch-ideologische Führung und die organisatorischen Strukturen verfügt. Diese können aber nur von der Kommunistischen Partei gestellt werden. Dies ist auch die fundamentale **Lehre aus der Geschichte der deutschen Arbeiter:innenbewegung**. Als der deutsche Imperialismus in

den Ersten Weltkrieg eintrat und Millionen Arbeiter:innen für die Interessen des deutschen Monopolkapitals zum Sterben an die Front geschickt hat, verfügten die Kommunist:innen noch nicht über eine eigene Partei, geschweige denn eine Partei bolschewistischen Typs. Die Führer:innen des revolutionären deutschen Proletariats um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht haben zwei Jahre nach Kriegsausbruch im Jahr 1916 zunächst den organisatorischen Bruch mit der Sozialdemokratie vollzogen und den antimilitaristischen Kampf in den Folgejahren mit dem Spartakusbund als einer rudimentären revolutionären Organisation angeführt. Die Gründung der KPD erfolgte dann 1918/19, mitten in den Kämpfen der Novemberrevolution. Und die neu geschaffene Partei war zunächst ein Sammelbecken verschiedener politischer Strömungen und Zirkel ohne eine wirklich demokratisch-zentralistische Struktur. Erst in den folgenden Jahren gelang es den Kommunist:innen, mit den größten politischen, ideologischen und organisatorischen Unzulänglichkeiten aufzuräumen und entschiedene Schritte hin zur Schaffung einer Partei leninistischen Typs zu gehen, und zwar immer inmitten heftigster Klassenkämpfe und mehrerer Anläufe zur Durchführung der Revolution. Dies war jedoch zu spät, um die Revolution zum Sieg zu führen und hat nicht nur zum Verlust zahlreicher kommunistischer Kämpfer:innen wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches geführt, sondern letztlich auch die Niederlage im Kampf gegen den Faschismus Anfang der 1930er Jahre begünstigt.

Die heutige Situation unterscheidet sich in wichtigen Aspekten von der Lage der kommunistischen Bewegung vor dem Ersten

Weltkrieg, jedoch weder in einem rein positiven noch in einem rein negativen Sinne. Zwar verfügen die Kommunist:innen auch heute nicht über eine kommunistische Partei und nicht einmal über einen solchen Masseneinfluss wie der Spartakusbund in den Jahren des Ersten Weltkriegs. Dafür sind jedoch bestimmte politisch-ideologische und organisatorische Fragen heute weitaus besser geklärt als im Jahr 1914, denn die Kommunist:innen besitzen mit der **Imperialismusanalyse** und dem **Parteikonzept Lenins** die notwendigen theoretischen Grundlagen für die Erarbeitung einer revolutionären Linie und den Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei, um diese Linie in die Praxis umzusetzen. Dies waren wesentliche Elemente, die den deutschen Kommunist:innen in den Jahren 1914 – 1918 noch gefehlt haben oder umstritten waren.

Zusätzlich muss man feststellen, dass die kommunistische Bewegung in den letzten zwanzig Jahren – gegenüber einer Phase der fortgeschrittenen Zerfaserung und ideologischen Unklarheit in den 2000er Jahren – auf allen theoretischen und praktischen Gebieten deutliche Schritte nach vorne gemacht hat. Dazu haben wir unseren Beitrag geleistet, indem wir auf dem politisch-ideologischen Gebiet vor allem die Erarbeitung einer **Klarheit über den Charakter der zu schaffenden Partei** und ihrer **Kader:innen**, den **Imperialismus im 21. Jahrhundert** und die Grundlagen einer **Klassenanalyse** der heutigen kapitalistischen Gesellschaft in Deutschland geschaffen haben. Auf dem organisatorischen Gebiet sind wir wichtige Schritte in der Schaffung einer **Aufbauorganisation für die kommunistische Partei** gegangen, die

über einen Stamm von politischen **Kader:innen** sowie eine sich entwickelnde **Massenarbeit** verfügt und die weder als sektiererischer Zirkel im eigenen Saft schmort noch sich in ökonomistischer Arbeit auflöst.

Zwar sind wir selber noch entfernt davon, dass alle Voraussetzungen für die Schaffung einer kommunistischen Partei leninistischen Typs gegeben wären. Der Punkt ist jedoch, dass die Voraussetzungen in den genannten Aspekten tatsächlich **objektiv besser** sind als in der Phase unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg, als über viele dieser Punkte noch keine Klarheit herrschte.

Dies unterstreicht umso mehr, dass die Kommunist:innen in Deutschland bei der Arbeit am Aufbau der kommunistischen Partei in der kommenden Phase des Klassenkampfes **keine Kompromisse mehr** machen dürfen, etwa zugunsten des Festhaltens an altergebrachten Arbeitsweisen in lokalen Zirkeln oder einem Aufgehen in der reinen demokratischen Massenarbeit. Die Entwicklung der Verhältnisse zeigt uns heute deutlich auf, dass die Realität des Klassenkampfes jedes weitere Zögern in der Frage der Schaffung der Kommunistischen Partei empfindlich bestrafen wird. Damit wirft sie für jede:n Kommunist:in die Frage auf, nicht länger an der Seitenlinie zu stehen, abzuwarten und keine Entscheidung treffen zu wollen, sondern sich am Aufbau der Kommunistischen Partei konkret zu beteiligen. Ebenso zeigt sie für die kommunistische Arbeit in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft (Betriebe, Stadtteile, Schulen usw.) die Notwendigkeit auf, offensiv auf die **fortgeschrittensten Teile der Arbeiter:innenklasse** zuzugehen und sie **für den Kommunismus**

und den Parteaufbau zu gewinnen.

Als **zweite Konsequenz** wird die kommende Phase des Klassenkampfes keine Kompromisse mehr darin dulden, dass die Kommunist:innen mit einer **klaren revolutionären Haltung und Position** in die Kämpfe der Massen eingreifen. Dabei wird der **antimilitaristische Kampf** auf allen Gebieten der Arbeit – ob im Betrieb, im Stadtteil oder in der Schule – eine zentrale Rolle einnehmen. Es muss der Kampf etwa gegen die Teuerungen, für höhere Löhne oder gegen schlechtere Arbeitsbedingungen mit dem politischen Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen, gegen den Ausbau des Repressionsapparates oder gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht verbunden werden. Auch hier ist kein Platz mehr für inhaltliche Kompromisse gegenüber bürgerlichen politischen Strömungen, etwa dahingehend, dass die Kommunist:innen die Frage der Revolution und des Sozialismus verstecken müssten, weil „die Massen“ noch nicht „so weit“ seien oder weil man mit rein demokratischen Forderungen angeblich mehr Einfluss gewinnen könnte.

Der Gang der Ereignisse, die Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Staaten zeigen vielmehr auf, dass der Imperialismus **keinen Spielraum für einen dauerhaften Erhalt von Frieden und demokratischen Rechten** mehr bietet. Auf der Seite der politischen Widerstandsbewegung äußert sich diese Entwicklung in einem Prozess des notwendigen Zerfalls und der Zerfaserung: Weite Teile der Bewegung gehen wie schon in früheren historischen Momenten gemeinsam mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften mehr oder weniger **offen auf die Seite des**

eigenen Imperialismus über, schießen sich in der jetzigen Situation des Krieges auf Russland als den Hauptaggressor ein und übernehmen die Position, dass die Arbeiter:innenklasse angesichts der „Bedrohung durch Putin“ eben Kompromisse eingehen müsse. Die traditionell russlandfreundlichen Teile des revisionistischen Lagers wiederum spalten sich gerade auf: zum einen in einen Flügel, der den russischen Angriff auf die Ukraine befürwortet (so etwa die DKP Brandenburg, die ihn als „friedenspolitische Maßnahme analog der Grenzsicherung am 13. August 1961“ einordnet⁸). Zum anderen lehnt ein anderer Teil dieses Lagers Russlands Aggression zum Teil zwar ab, verzweifelt jedoch an der Einordnung des Landes als eines imperialistischen Staates und wurde durch den Kriegseintritt daher in eine politische Krise gestürzt.⁹

Damit setzen sich der Schwenk des Revisionismus nach rechts¹⁰ und der Verfall und die Neusortierung der politischen Widerstandsbewegung fort, die schon während der ersten Monate der Corona-Pandemie begonnen haben. Für die Kommunist:innen unterstreicht diese Entwicklung einmal mehr, dass **nur sie** in der Lage sind, die politische und ideologische Führung in den Widerstandskämpfen gegen die Kriegsvorbereitungen einzunehmen.

8 Zitiert nach <https://kommunistische.org/diskussion-imperialismus/die-lager-in-der-ko-beim-namen-nennen/>

9 Vgl. „Zur Klärung der Imperialismusfrage – Eine Selbstkritik“, <https://kommunistische.org/stellungnahmen/zur-klarung-der-imperialismusfrage-eine-selbstkritik>

10 Vgl. hierzu unsere Ausführungen zur Rolle des Reformismus in der sich zuspitzenden Krise des Kapitalismus in: „Die Krise des Imperialismus und der ‚Europäische Frühling‘“, Verlag Leo Joghiches 2015, S. 47 ff., https://kombibl.files.wordpress.com/2019/01/kommunismus_europ%C3%A4ischer_fr%C3%BChling.pdf

Dabei müssen wir auch die Teile der Bewegung gewinnen und um uns versammeln, die den Bankrott ihrer Strömungen nicht mitgehen wollen und auf der Suche nach politischen Antworten sind. Das bedeutet, wir müssen aktiv für die Zusammenarbeit aller ernsthaften antimilitaristischen und revolutionären Kräfte im Kampf gegen den deutschen Imperialismus kämpfen. Es kommt uns bei dieser Aufgabe zur Hilfe, dass der kommunistische Kampf gegen den deutschen Militarismus auf eine mehr als hundertjährige Tradition zurückblickt, die in Karl Liebknechts Worten „**Der Hauptfeind steht im eigenen Land**“ und Rosa Luxemburgs „**Sozialismus oder Barbarei**“ auf den Punkt gebracht werden.

Die Kommunist:innen müssen den Kampf gegen die imperialistischen Angriffe nach innen und außen also **führen**, sie müssen ihn **anführen** und sie müssen ihn **unter kommunistischer Flagge und mit kommunistischem Inhalt führen**. Wir müssen unseren Standpunkt klar in die Massen tragen, dass nur der **Kampf um die sozialistische Revolution** eine Alternative zum imperialistischen Massenmord bietet. Die politische Ausrichtung des antimilitaristischen Kampfes kann nur die sein, dass die Arbeiter:innen all ihre Macht einsetzen, um dem Kriegstreiben in der Praxis und ganz konkret ein Ende zu bereiten, etwa indem sie wie die griechischen und italienischen Arbeiter:innen das Verladen von Waffen verweigern, indem sie Militärfahrzeuge blockieren, die Soldat:innen zum Desertieren bewegen und ihnen dabei helfen – und indem sie schließlich und endlich die Waffen ergreifen und auf die eigenen Ausbeuter:innen richten. Diese Ausrichtung des Kampfes wird durch die bekannte

Losung „**Krieg dem imperialistischen Krieg!**“ zum Ausdruck gebracht. Dagegen löst sich die jahrzehntelange revisionistische Illusion von einem „Kampf um den Frieden“ unter imperialistischen Bedingungen gerade immer mehr in Schall und Rauch auf.

Natürlich wird es im antimilitaristischen Kampf immer einmal wieder notwendig sein, breitere **taktische Bündnisse** mit anderen politischen Kräften zu schmieden, wo dies inhaltlich möglich ist, z.B. bei einer gemeinsamen Aktion mit Pazifist:innen, die ebenfalls gegen die Aufrüstung des deutschen Imperialismus eintreten, oder etwa Anarchist:innen, die den Kampf gegen die Aufrüstung konkret in die Praxis umsetzen. Bei solchen taktischen Bündnissen ist es jedoch essentiell, dass wir unseren revolutionären, antiimperialistischen Standpunkt klar herausstellen und uns nicht an der Verbreitung demokratischer-reformistischer oder sonstiger Illusionen beteiligen. Dass die Kommunist:innen die politische Führung im antimilitaristischen Kampf einnehmen müssen, bedeutet auch, dass wir dort, wo unsere Arbeit noch von Kompromissen mit den Positionen und der Arbeitsweise der politischen Widerstandsbewegung geprägt ist, mutig vorangehen und uns von diesen Kompromissen frei machen. Das heißt auch, dass wir unsere „emotionale Bindung“ an die „linke Szene“ und ihre Gebräuche über Bord werfen müssen, wo uns diese am Voranschreiten im revolutionären Kampf hindern.

Unsere zentrale Aufgabe im antimilitaristischen Kampf wird es sein, uns wirklich mit den proletarischen Massen zu verbinden. Dafür müssen wir alle Berührungspunkte, die wir noch haben, überwinden. Wir müssen insbesondere verhindern, dass

die Faschist:innen uns auf diesem Gebiet überholen und es schaffen, die Gärungen in den Massen angesichts von Kriegsgefahr und Teuerungen selbst aufzugreifen, ihren Einfluss in den Massen auszuweiten und diese in reaktionäre Bahnen zu lenken.

Nicht zuletzt müssen die Kommunist:innen, die revolutionären und antimilitaristischen Kräfte sich auch international zusammenschließen und gegenseitig in ihrem Kampf unterstützen. Die Streiks der Hafentarbeiter:innen in Italien und Griechenland, die sich geweigert haben, Militärgüter für den Transport in die Ukraine zu verladen, weisen genau in die Richtung, in die es gehen muss. Letztlich muss es das Ziel sein, für Aktionsformen wie europaweite Generalstreiks einzutreten, denn nur so können wir der Kriegstreiberei der imperialistischen Staaten wirksam etwas entgegensetzen.

Zusammengefasst müssen wir also **entschlossen die kommunistische Partei aufbauen**, mit der klaren **Ausrichtung auf die sozialistische Revolution** als einziger Alternative zum imperialistischen Krieg in die Arbeiter:innenklasse gehen und die führende Rolle im **Kampf gegen Militarismus** und jede Art von imperialistischen Angriffen auf die Arbeiter:innenklasse einnehmen.

*EURE ORDNUNG
IST AUF
SAND GEBAUT!*



Proteste während des G7-Gipfels auf Schloss Elmau